

nachten wäre, daß der ausgewachsene Krebs den Höhepunkt seines Glanzes nach der Häutung im Sommer erreiche und daß man vor solch einem frischegehäutelten „Butterkrebse“ ganz besondere Achtung haben müsse. Damals wußte man noch nicht viel von Schußfärbung und solchen Dingen, sonst hätte man vielleicht erfahren, daß sich das meist bräunliche Tier in zwei fentlichen der Untergrundfarbe seines Aufenthaltortes anpasse, sei es aus eigener List, sei es aus der „Weisheit der Natur“ heraus, und daß infolgedessen die Färbung mancherlei Varianten aufweise. Jedenfalls betrachteten wie die Tiere mit dem allergrößten Interesse und fanden es grotesk, daß sie so gut auf dem Lande als im Wasser atmen können und doch sie durch schnelle Schwanzbewegungen immer rückwärts schwimmen. Dann erfolgte ein furchtbares Gebrüll, denn einer hatte freudigstalls das Fingerchen des Allzuwichtiggeierigen Allinsens ergriffen und drückte es aus Leibestrafte.

Selbigen Abends sahen wir mit Bewunderung, wie an der oberen Kaminstofel die Krebse, hübsch mit Krümmel gefoch und wunderbar duftend, aus prächtig rot geworden durch die durch das Kochen bewirkte Zerstörung einer verbedenden Farbsäure, zwischen dem Papa und unserem Haushälter standen. Die Mama erklärte, so Wetters möge sie nicht essen. Die Stähe meinte, sie warde lieber, bis es einmal Hummer bei uns gäbe, denn „da hätte man doch was davon“, und der Papa sagte, da könne sie wohl noch lange warten. Dann sahen wir wie er zulachte, und waren sehr stolz, daß unser Erzeuger dem biden Doktor erst zeigen mußte, wie man Krebse vortellhaft und appetitlich zerbreche, um zum Fleisch des Schwanzes oder zum feineren der Scheren zu gelangen. „Da, Ihr Semmelstücken“, sagte dann der Papa und teilte jedem von uns eine Schere zu, aber nur eine kleine, verklärte, nachgewachsene, nachdem das Tier bei einem Kampfe wohl die ur-

Jugendschutz.

Von Lic. theol. Prof. Dr. P. J. P. (P. J. P. in Dietrichshausen.)

Vor einiger Zeit hat an dieser Stelle unser verehrter Kollege Herr P. J. P. (P. J. P. in Dietrichshausen) über die Frage des Jugendschutzes geschrieben und sich dabei im wesentlichen gegen den bekannten Entwurf eines Gesetzes gegen die Gefährdung der Jugend durch Zurschaufstellung von Schriften, Abbildungen und Darstellungen ausgesprochen. So gut es und Treffliches der Aufsatz im einzelnen enthielt, als Ganzes wird ihn doch mancher haben ablehnen müssen. Schmerzlicher noch als dieser Artikel hat mich freilich die Tatsache berührt, daß Herr P. J. P. als einer der Hauptredner in der Protestversammlung aufgetreten ist, die der „Goethebund“ am 20. März in Berlin gegen den genannten Gesetzentwurf veranstaltet hatte. Denn dort hat derjenige Liberalismus zum großen Teil das Wort geführt, der unter Freiheit nicht die Gebundenheit des Geistes an das sittliche Gesetz, sondern Willkür und Willkür versteht. Ich kann mich nicht ganz dem Eindruck entziehen, als ob Herr P. J. P. auch in dem angeführten Artikel hier und da durch die Scheingefährdung irreführen lassen, die die Gegner des Gesetzentwurfes gegen diesen ins Feld führen. Aber leider ist es vielfach noch so, daß in irgendeiner Frage nur jemand zu rufen braucht: Die Freiheit ist in Gefahr! oder: Angriff der Reaktion auf die Freiheit! und sofort stimmen ihm viele rückhaltlos bei und meinen, stolz auf ihre mutige Tat sein zu dürfen. So auch hier; laum war der Entwurf des genannten Gesetzes fertig, da erscholl der Ruf: Die Freiheit der Kunst ist in Gefahr! Die festerste Reaktion sucht die Kunst zu freieren und dieser Ruf schwoll alsbald zu einem lautenstimmigen Donner an und fand Ausdruck in flammendem Protest gegen die Knechtung der Kunst und in jubelndem Bekenntnis zu ihrer Freiheit. Protest und Bekenntnis sind gut und berechtigt, und ich bin der Letzte, der sie gering wertet. Aber — sie müssen am Platze sein. In solchen ersten Fragen, wie es die vorliegende Frage ist, ist nichts getan mit Stimmungen und Gefühlen, sondern mit Sachkenntnis und ernstem Willen. Ehe man protestiert, muß man wissen, worum es sich eigentlich handelt, und ehe man bekämpft, muß man wissen, wozu man sich bekämpft. Da genügen ein paar Schlagworte nicht. Wir sollten es doch nun endlich lernen, nicht gleich ein Geistes zu spüren, wenn man von Staatsanwalt und Schutzmännern spricht und davon, daß die Freiheit der Kunst (oder der Wissenschaft, oder, was es sonst gerade ist) bedroht ist; nicht gleich auf Grund solcher vager Reden und über Gefühlsregungen, sondern auf Grund sachlicher Überlegungen, die die Meinung hervor, daß die unter das neue Gesetz fallenden Gegenstände konfiszieren und unbrauchbar gemacht werden. Da ausschließlich Kunstwerke als Objekte der Strafverfolgung hingestellt wurden, ist in den Zuhörern die Überzeugung gefestigt worden, die schon in der Ankündigung der Protestversammlung lag, daß „die konfiszierende Hand des ungebildeten Schutzmannes unter der Maske des Jugendschutzes die Kunst zertümmere und die Wissenschaft unterbrücke“.

Damit sich nun der Leser ein eigenes Urteil über die Frage bilden kann, stelle ich hier das, was ein Gegner des Gesetzes sagt, dem gegenüber, was einer seiner Befürworter urteilt.**)

1. Was ist Sinn und Zweck des Gesetzentwurfes der sogenannten neuen „Reinheits“?

Der „Goethebund“ sagt: Unter der heuchlerischen Maske des Jugendschutzes soll Kunst, Literatur und Wissenschaft unterdrückt, bezw. skandalisiert werden. Das Gesetz ist ein Dokument für unserer Zeiten Schande. Man will den Büttel als Erzieher sehen. — Es ist eine staatliche Bevormundung der Mündigen um der Unmündigen willen. . . . es ist eine Auslieferung der Jugend an die schlimmsten Feinde der Sittlichkeit. . . . eine lähmende und entwürdigende Zensur für einen ganzen Stand (Buchhändler) um der Sünden weniger willen. . . . den beliebigen Sport unserer Staatsanwälte und Schutzmänner (Tage auf das Radio) ins allgemeine zu verbreitern, das ist das Ziel dieses gesetzlichen Wechselbalges“.

In Wirklichkeit: Bewahrung unseres öffentlichen Lebens vor gewissenlosen Geschäftspekulation auf die niedrigen Instinkte. Behütung der Jugend, die solcher Spekulation hilflos preisgegeben und auf den Schutzh der Staatsgewalt angewiesen ist. Unterstützung des häuslichen Erziehungswertes.

*) Wir geben die Ausführungen des Herrn Verfassers — um das Thema auch einmal von der Gegenseite beleuchtet sehen zu lassen — als eine scheinbar erste und beachtliche Meinungsäußerung wieder, ob es uns jedoch damit durchaus mit ihnen einverstanden erklären zu wollen. Schriftl.

**) Vergl. Offener Brief des Prof. Dr. Branner an Herrn Dr. Ludwig Kuhn, Vorsitzenden des „Goethebundes“, Sonderdruck Nr. 7, S. 161/ff.

dessen Ziele von diesen Gefahren der Öffentlichkeit verhängnisvoll bedroht werden.

2. Ist unsere Jugend heute besonders gefährdet, so daß die Staatshilfe einsehen muß?

Der „Goethebund“ sagt, daß in den Mängeln der häuslichen Erziehung eine Gefährdung liegt, daß aber in der Öffentlichkeit die Förderung eines weitergehenden Jugendschutzes schwerer Schaden für Kunst, Literatur und Wissenschaft mit sich bringt, und daß die Jugend durch die bestehenden Gesetze vor Schmutz und Schand ausreißend geschützt wird. „Der Schrei nach der Polizei ist nichts anderes als eine große Panik vor der Furcht der Eltern.“

In Wirklichkeit: In erschreckender Nähe nimmt die Zerschlagung des Scham- und Sittlichkeitsgefühls zu, schwindet die Autorität und steigt die Annahme derer, die jugendliche Unreife für ihre selbsttätigen Zwecke ausbeuten wollen. Bei aller Bertschätzung der elterlichen Erziehung muß doch betont werden, daß außerhalb des Hauses zahlreiche unkontrollierbare Einflüsse auf die Jugend wirken. Für diese kann im allgemeinen nicht die Familie, sondern nur die Gesamtheit verantwortlich gemacht werden. Daraus ergibt sich die Pflicht des Staates zur Abwehr solcher Hemmungen der Erziehungsarbeit.

3. Was soll von den Schutzmaßnahmen des Gesetzentwurfes betroffen werden?

Der „Goethebund“ sagt: Die gesamte Kunst, Literatur und Wissenschaft, „der von Amt wegen der Stempel der Unzuchtigkeit aufgedrückt werden soll“. . . . Goethe wird vom Lebendigen verschwinden. . . . Der Verkäufer wird schließlich überhaupt nichts anderes mehr auslegen können als Kinderlektüre, Bibeln und Jugendbüchlein. . . . Das Schaufenster soll aufhören, ein Kulturfaktor zu sein. . . .

In Wirklichkeit: Die überspannten Sensationen des Kinos, die anstößigen Darbietungen der Nummelhäuser und anderer öffentlicher Vergnügungstätten, die je stärker erotisch sie gefärbt sind, um so lauter und aufdringlicher Reklame machen; die Autoskope und figürlichen Darstellungen hinter Schaufenstern und Schaukästen, die raffinierte Ausstellung von Bildern nackter Frauenkörper, die aufreizende Anpreisung pseudo-wissenschaftlicher Sexualschriften und Ausgaben anderer, die Phantasie vergiftender Schundliteratur. Von all diesen Dingen hat die Protestversammlung mit keinem Wort gesprochen!

4. Was sind die Folgen der Übertretung des Gesetzes?

Der „Goethebund“ beschäftigt sich in den Protestreden hinsichtlich dieser Frage nur mit Vergleichen aus dem § 184 des Strafgesetzbuches, betreffend Verfolgung unzüchtiger Schriften und Bildwerke, und rief in den Zuhörern als ganz selbstverständlich die Meinung hervor, daß die unter das neue Gesetz fallenden Gegenstände konfiszieren und unbrauchbar gemacht werden. Da ausschließlich Kunstwerke als Objekte der Strafverfolgung hingestellt wurden, ist in den Zuhörern die Überzeugung gefestigt worden, die schon in der Ankündigung der Protestversammlung lag, daß „die konfiszierende Hand des ungebildeten Schutzmannes unter der Maske des Jugendschutzes die Kunst zertümmere und die Wissenschaft unterbrücke“.

In Wirklichkeit: Das neue Gesetz soll der Gewerbeordnung und nicht dem Strafgesetzbuch eingeordnet werden. Das hat zur Folge, daß nicht nur ein subjektives Verfahren gegen den Übertreter, nicht aber ein objektives gegen die inframinierten Gegenstände eingeleitet wird. Diese können also unter keinen Umständen dauernd beschlagnahmt oder vernichtet werden. Sie werden einfach aus der Öffentlichkeit, wohin sie nicht gehören, entfernt und bleiben im übrigen völlig unbeschädigt. Betroffen werden ausschließlich gewerbliche Interessen, künstlerische werden weit mehr geschützt als eventuell gefährdet.

5. Wer gibt den Anstoß zur Strafverfolgung?

Der „Goethebund“ findet den angeblich neuen gesetzlichen Begriff des „Argernisses“ unerhört und sieht in ihm nur einen Ausfluß von Prüderie und Morderei, wie er überhaupt in dem Gesetzentwurf einen Erfolg „des vereinten Ansturms der Dunkelmänner“ erblickt. Er wirft in dem subjektiven Empfinden der Reaktionen, dem hier weitest Spielraum gegeben sei, die größte Gefahr.

In Wirklichkeit: Der Gesetzentwurf spricht überhaupt nicht von Dingen, die Argernisse geben, sondern von solchen, die „geeignet sind, Argernisse wegen sittlicher Gefährdung der Jugend zu geben“. Um das festzustellen, bedarf es nicht der Willkür irgendwelcher beliebiger Person, sondern das zuständige Gericht muß von sich aus, ob mit oder ohne Zuziehung anderer Personen, die Qualität der betreffenden

Gegenstände unter dem Gesichtspunkt der geschlichen Bestimmung prüfen.

Professor Dr. Branner schließt seinen offenen Brief folgendermaßen: „Diese Gesetzesvorlage ist der Niederlegung langjähriger Wünsche, Bitten und Bemühungen aus weiten Kreisen der Bevölkerung, seitens verschiedener Bundesregierungen und Parlamente, insbesondere des Reichstags; sie ist ein wirklich sehr bescheidenes Ergebnis der Hoffnungen, die im Kampfe gegen die Schundliteratur aufzuwachen. Sie haben kein Recht, die Tausende und aber Tausende ernster deutscher Männer und Frauen, die dieses Gesetz als eine teilweise Hilfe in ihrer schweren Sorge um das geistige und sittliche Wohl ihrer Kinder begrüßen, der Gefinnungsheulelei zu bezichtigen. . . . Mit den zahlreich eingereichten billigen Späßen über den Schutzmännern und dergl. haben Sie dem Ansehen ihres Bundes mit dem stolzen Namen nicht gedient. Sie dürfen nach dieser äußerlich und inhaltlich wenig imponierenden Versammlung wirklich nicht den Anspruch erheben, Wortführer der Kulturträger unseres Volkes zu sein.“

So weit diese Gegenüberstellung. Ich füge zum Schluß — indem ich mich weiterer eigener Ausführungen zur Sache enthalte, denen man vielleicht den Vorwurf der Bescheidenheit machen könnte, von der ich mich freilich frei weiß — folgende Betrachtungen eines Künstlers selbst hinzu, die m. E. trefflich deutlich machen, um was es sich hier handelt. Wer sie aufmerksam liest, der merkt, was es mit dem Schlagwort von der Freiheit der Kunst und Wissenschaft und Ähnlichem auf sich hat, der erkennt den Unterschied zwischen Freiheit und Willkür, zwischen sachlicher Erkenntnis und gefühlsmäßigem Protest. Der wird ein für allemal von der Lust geheilt sein, ohne weiteres in den Ruf einzustimmen, die Reaktion bedrohe die Freiheit der Kunst und Wissenschaft.

Der bekannte Dichter und Schriftsteller Dr. Richard Schaukal schreibt über „Eros und Öffentlichkeit“ das Folgende: „Jeder vernünftige Mensch, auch der Künstler, wird und muß zugeben, daß Eros, ganz abgesehen von ihrem öffentlichen Wert, Argernisse erregen kann. Dies hängt davon ab, wie sie auftritt. Im öffentlichen Schaufenster, im allgemeinen zugänglichen Raum, hat die Eros nicht das Recht, sich auszuleben. Das Moment der Unschicklichkeit ist da in Betracht zu ziehen. Wenn sich ein junger Mensch aus freien Stücken vom Spekulanten mit Eros bedienen läßt, ist das seine und seiner Eltern Sache. Wenn aber der Spekulant durch mehr oder weniger verbüllte Propaganda für seinen anrüchigen Artikel wirbt, so ist das sicherlich nicht zu dulden.“

— Und wie kommt der Vater, der sein Kind in eine unersäugliche Bilderstellung führt, wie kommt er dazu, wegen schädlicher Überraschungen für sein harmloses Kind zu erröten? Wie kommen heilige, als es modern ist, empfindende Kinder dazu, in der Öffentlichkeit peinlichen Anblicken ausgesetzt zu sein? Wer sein Kind für reif dazu hält, mag es in Galerien führen, wo die freie Sinnlichkeit der großen Kunst unbeschränkt waldet. Aber ins Schaufenster der Buch-, Kunst- und Papierhandlungen (und der Zigarren- und Pfeifenläden, ergänzen wir, Fr.) gehören sinnliche Darstellungen nicht, denn die Strafe führt auch die Unreife daran vorbei. Und daß man bei einem Verantwortlichkeitsgefühl heute kaum mehr in Begleitung Heranwachsender, gar Mädchen, ohne sich mit bestiger Scheu der Ungehörigkeit zu vergewissern, in eine Bilderstellung gehen kann, ist nicht etwa als Fortschritt künstlerischer Auffassung zu deuten, sondern bloß als Rechtseinstellung festzustellen. Es ist doch erst höchstens 20 Jahre her, daß man überall mit Darstellungen sich freizog, die sich die größten Künstler sinnfroher Art verweigert hatten. Gefühle sind Todsünden.

Es gibt Grenzen: nicht für die Kunst, wohl aber für ihre Schaustellung. Der Künstler darf, was er kann. Der Aussteller aber darf nicht, was er will. Denn er schließt keinen Vertrag darüber mit dem einzelnen, der sich daraufhin gefallen lassen muß, sondern er überfällt die wehrlose Gesamtheit. Ein redlicher Erzieher wird dem ihm anvertrauten lustbaren Gut der Kinderseele nicht ohne weiteres Bücher und Zeitungen überantworten. Aber das freie Plakat, dem Geschäftsgeist des Kunsthändlers entsprossen, der seinen Laden verführerisch gestaltet, dürfte die Seele des sonst so sorgfältig behüteten Kindes schädigen? Nein. Es ist verwerflich, weil ohne künstlerische Note getan und der nächsten Zeit widersprechend, wenn man heute z. B. an öffentlichen Bauwerken mit der Nacktheit um jeden Preis Kunst treibt. Das künstlerisch Notwendige, Gewordene, das Überlebende hat sein Recht zu schmalen Vorrecht. Keinem freien Menschen wird die einem historischen Stil gemäße Skulptur moralische Bedenken schaffen. Aber das unermittelte Neue, das aus dem

früherliche, größere verloren. Wir fanden das Geruch natürlich großartig. Der eine Inhaberte daran herum wie ein Hund am Knochen, der andere zerhackte seine Schere wie eine Kuh, und ein Bruder, der in dem Verdacht stand, besonders gern „was Leders“ zu essen, bot dem Nächstjüngsten das Bratistück seiner Taschenherlichkeit, ein Prisma von einem Kronleuchter, für die Überlassung des Scherentrestes. Nachher brachte die Inhabierung der Oberkellerei dessen, was die Herren bezogen, noch manches Interessante. Da sah man deutlich, wie unter dem rundgebenden Rückenpanzer das Kopfstüd wie ein Helm hervorragt und wie unter dieser Panzerung die zehn mit Scheren versehenen Zahnpaare ansetzen, das erste mit den mächtigen Hauptsternen. Kopf und Brust ist bei vielen Krebsen, ganz wie bei den Spinnen, zur Kopfbrust, zum Cephalothorax, verschmolzen. Der Hinterleib, der Schwanz, besteht aus fünf Panzersegmenten, die insgesamt vier Schwimmpaare zeigen und die von der kräftigen, fünfteiligen Schwanzflosse abgeschlossen werden. Ein in Eisen gehüllter Ritter kann nicht besser gepanzert sein als solch ein Krebs. Sein ganzes Innere ist durch die Chitinhülle geschützt und diese ist durch Ablagerung von Kalksalzen noch besonders verstärkt, so daß die Krebsstiere den Namen „Krusten“ sehr wohl verdienen. Viele, wie unser Flussschnecke, haben sogar ein eigenes Kalkreservoir in sich, rundplattig, blaueiche Steine, sogen. „Kalksteine“, denen man früher alle möglichen Denkmäler gab, doch sind sie weiter nichts als Borste von Kalk, deren der Krebs, der sich in seiner Jugend in „alle Rassen lang“ häutet, bei der Häutung verdauend das Nötige entnimmt.

So ungemein artenreich die Welt der Krebsstiere ist, so verschieden ist sie auch in den Formen. Welch ein Unterschied zwischen unserem Edelkrebs und dem, wie die meisten Krusten, winzigen Spinnweben unter Lampen, zwischen „Karpfenlaus“ und Längsmaie, zwischen unserer Kalkschnecke, zwischen Krebsstier, und dem lustigen Ringelkrebschen Gammarus pulex. Und selbst unter sehr ähnlich geformten, wie z. B. unserem Flussschnecke und dem Gummier, zeigen sich fast unbegreifliche Verschiedenheiten. So kann man die oben ausgeschüpften

Damen des Flussschnecke sofort als Krebsstiere erkennen, während der Laie die Larve des Gummiers für alles andere eher als für einen Krebs halten würde.

Von den fünf größeren Krebsarten der europäischen Süßwasserfauna hat unser Edelkrebs das schmackhafteste Fleisch, das bei allen Krebsen ein wenig schwer verdaulich ist. Er war früher außerordentlich verbreitet, bis ihn die Krebspest fast ganz vernichtete. Zu Ende der siebziger Jahre trat sie zuerst in den Gewässern Frankreichs und Belgiens auf. Ihr Erreger, der 1898 von Foer in München entdeckte Krebsbazillus, Bacillus pastis Astaei, der bei den Weißfischen auch die „Schuppenkrankheit“ verursacht, wandert ostwärts durch fast alle Gewässer und traf zu Anfang der 90er Jahre in Rußland ein. Die Befallenen erkranken, krabbeln hochbeinig über den Boden des versauerten Wassers, schlendern oft in Rudungen ihre Extremitäten von sich und sterben im Starrkrampf. Nur ein gemeiner Keil aus dem Osten, der russisch-galizische Sumpfkrebs, hat sich als ziemlich widerstandsfähig gegen die Krankheit gezeigt, und da er dreimal so fruchtbar ist als unser Astacaceus fluviatilis nobilis, so verdrängt er jenen immer mehr. Größer als der Edelkrebs, aber mit viel schmaleren Scheren und von viel schlechterem Geschmack, auch mit vielen scharfen Warzen ausgestattet, würde er, zudem von gewissenlosen Händlern über den grünen Meer angepriesen, in Europa bald das „Brot“ haben, hätten die Fischereivereine nicht rechtzeitig Front gegen ihn gemacht und bekämpften sie ihn nicht auch durch den modernen, großen Camberus, den bei uns eingeführten Flussschnecke Nordamerikas.

Wer vor befreundeten Gourmets mit einem Krebsgericht Staat machen will, der sollte schon aus nationalen Gründen dafür, daß nicht die schädlichen russisch-galizischen Sumpfkrebse, sondern möglichst unsere Edelkrebs bevorzugt werden. Sie fangen an, sich allgemach von den Schrecken der Krebspest zu erholen und beginnen wieder, nachts auf dem Grunde harter Gewässer auf Raub auszugehen, sich schlecht und recht von Schnecken, Würmern, toten Fischen und Fischen, soweit sie noch nicht verrotzt, zu ernähren, denn sie sind keine Kaffeeesser.

Rus Kunst und Leben.

* Ein elassisches Museum in Rancy. Soeben ist in Rancy das „Elassische Museum“ eröffnet worden, das auf Betreiben des H. Deutsch de la Meurthe mit Unterstützung der Hausbesitzer und zahlreicher französischer und elassischer Persönlichkeiten geschaffen worden ist. Die „Maison d'Association“ ist ein kleines Haus, das ursprünglich in Rancydorf stand und als ein wahres Juwel des elassischen Hausbaus aus dem 18. Jahrhundert gelten kann. Das alte Bauwerk, das durch die Schönheit, die Anmut und die Einfachheit seiner Architektur entzückt, befindet sich nunmehr bereits fünf Jahre in Rancy; es wurde seinerzeit in Rancydorf sorgsam Stück um Stück abgebrochen und zur Ausstellung in Rancy wieder aufgebaut. Mit seinen geraden Balken und dem reizvoll auf fallenden Dache, mit der schön geschmückten Tür und den kleinen mit holzgeschnittenen Pilastern geschmückten Fenstern erregt es von Anfang an das Entzücken der Kenner. Natürlich hat dies elassische Haus auch seine Geschichte; es trägt noch heute die Namen seiner ersten Besitzer, Harg Reb und Marguerite Stolz, und an der Eingangstür haben sich auch spätere elassische Bewohner bereichert, Jakob, Moritz und Anna Morawitz. Schon damals bei der Ausstellung im Jahre 1909 entstand der Plan, dieses Juwel elassischer ländlicher Baukunst in Rancy zu erhalten, und daraus entwickelte sich das Projekt eines elassischen elassischen Museums. Das nötige Kapital wurde herbeigebracht, und nun enthält dieses elassische Haus von Rancy eine hübsche Sammlung von Möbeln, Geräten und Reliquien aus dem 18. Jahrhundert. Da steht man Spinnräder und Weberrahmen, am Kamin stehen Bierkrüge, man sieht die schönen holzgeschnittenen Betten, die elassischen Stühle, Sessel und Wänke, alte Pendeluhren und alle die mannigfachen Geräte, die ein Haus wohnlich und gemütlich machen. Mit Stolz aber weisen die Franzosen darauf hin, daß nun gleich Strasburg auch Rancy sein eigenes „Elassisches Haus“ hat, das die Erinnerung an die Vergangenheit und an die Kultur des Elsass' künftigen Geschlechtern vor Augen führen wird.

Mahnen der Epoche fallende, alles Gewalttätige muß verleben. Es ist so mit der Tracht, mit dem Kostüm. In unseren klimatischen und Lebensverhältnissen wird ein vereinzelter Frauenanzug, das, etwa in der Manier des Directoire, die Formen durch Hülsen bloßlegt, weil nur auf die Sinnlichkeit wirkend, Argernis erregen müssen. Die Massenhaftigkeit — immer den Stil vorausgesetzt — paralytisch diesen Effekt. In einer an künstlerischen historischen Denkmälern reichen Stadt wird sich der Sinn der Aufwandsenden allmählich der Umgebung anpassen. Stellt man aber in einer modernen ordentlichen Gasse zwischen Speereigenschaften und Omnibussen vor ein Caféhaus eine Ledas mit dem Schwan, so ist das nicht nur geschmacklos, sondern ein Argernis. Die erotische Kunst aller Zeiten und Völker in Ehren (ich bekenne mich gern als ihren Schächer und Genießer), aber Freiheit der Gestaltung ist nicht mit Schrankenlosigkeit der Entfaltung zu verwechseln. Die Polizei hat nicht Kunst zu beurteilen, aber sie darf, sie muß ihre Freizügigkeit beschränken. Das hat mit Zimperlichkeit nichts zu tun, wohl aber mit Anstand. Die öffentliche Ordnung steht Pflichten aller gegen alle fest. Kein Mensch darf sie ungestört verletzen. Erotik ist Privatsache. Über treibt sie ihr Wesen auf dem Markt, wird sie mit Aug verfolgt. Nicht die Erotik wird gerichtet, sondern ihre Rücksichtslosigkeit.

Damit ist nun auch ein anderes Urteil über den Jugend- schuldengesetzentwurf zu Wort gekommen und dem alten Rechts- grundgesetz: *audiat et altera pars!* Genüge geschehen. Möchte mancher Leser der wichtigen Frage nochmals ernstes Nach- denken gönnen!

Deutsches Reich.

* Hof- und Personal-Nachrichten. Der Kaiser machte Donnerstagvormittag 10 Uhr dem Prinzen Heinrich von Preußen im königlichen Schloß einen Besuch und unternahm dann in Begleitung des Prinzen Heinrich und einiger Herren seiner Umgebung einen Spaziergang nach Dülmenbrook. Die Kaiserin wird heute in Kiel erwartet. Am 12. Uhr besuchte der Kaiser den englischen Admiral Barrander auf dessen Flaggschiff „King George V.“. Am 12.3. Uhr nahm der Kaiser an Bord der „Hohenzollern“ militärische Redu- cten entgegen, darunter die des französischen Marineattachés, Kapitän zur See Graf Faromond, zur Überreichung der französischen Marineflagge.

* Das Alter der deutschen Bundesfürsten. Großherzog Adolf Friedrich VI. von Mecklenburg-Strelitz, der durch den Tod seines Vaters jetzt zur Regierung gelangt ist, tritt dem Alter nach unter den 21 deutschen Bundesfürsten an die 18. Stelle. Der älteste Bundesfürst war der jetzt verstorbene Georg II. von Sachsen-Meiningen, der am 2. April seinen 88. Geburtstag feiern konnte. Ihm folgte mit längerem Ab- stand als der nunmehr also älteste regierende Bundesfürst König Ludwig III. von Bayern, der am 7. Januar 69 Jahre alt wurde. Dann schließen sich an: König Wilhelm II. von Württemberg, 66 Jahre alt, der neue Herzog von Sachsen-Meiningen Bernhard mit 63 Jahren, Fürst Günther zu Schwarzburg, 61, Großherzog August von Oldenburg, 61, Herzog Friedrich II. von Anhalt, 57, Großherzog Friedrich II. von Baden, 56, Kaiser Wilhelm II., König von Preußen, 55, Fürst Heinrich XXVII. Neuchâtel, 55, Fürst Friedrich zu Waldeck und Pyrmont, 49, König Friedrich August III. von Sachsen, 49, Großherzog Ernst Ludwig von Hessen, 46, Fürst Leopold IV. zur Lippe, 43, Herzog Ernst II. von Sachsen-Altenburg, 42, Großherzog Wilhelm Ernst von Sachsen-Meiningen, 38, Fürst Heinrich XXIV. Neuchâtel, 38, Großherzog Friedrich Franz IV. von Mecklenburg-Schwerin, 32, Großherzog Adolf Friedrich von Mecklenburg-Strelitz, 32, Fürst Adolf zu Schaumburg-Lippe, 31, Herzog Karl Eduard von Sachsen-Altenburg und Gotha, der im Juli d. J. 30 Jahre alt wird, und als jüngster Herzog Ernst August zu Braunschweig mit 28 Jahren.

* Eine Erweiterung der Brandstatistik hat der Minister des Innern angeordnet. Es soll jeder Brand gezählt werden, bei dem ein Schaden von mindestens 3 M. entstanden ist oder Menschen verletzt sind. Zu den unbeweglichen Sachen werden außer Gebäuden auch Schiffe, Dampfer, Boote, Wägen, Wald, Forstmoor, Feld, Weiden, Einfriedigungen und sonstige feststehende Gegenstände gerechnet. Ferner sind über Wälder, Gärten und nicht gärtende, Jagdarten zu er- heben, ebenso über Explosionen, auch wenn durch sie kein Brand entstanden ist. Besonders eingehend ist die Bericht- erstattung über die Brandursache, über die Schädigung des Schadens und die Brandursache geregelt. Das neue Ver- fahren tritt am 1. Januar 1915 in Kraft.

* Frommer Euphorismus. Ein Superintendent eines Berliner Vorortes hat sich eine ungeschickliche Geschwätzigkeit geleistet, die die „Studierstube“ mitteilt. Er verhimmelt den Kaiser in folgenden ebenso „schwungvollen“ wie „patrio- tischen“ Versen:

Wißt du wissen, was er wert ist,
Wie mit Seufzen er berecht ist,
Ruht du hellen Fremdling fragen,
Vom Charmerer weiß er zu sagen.
Hier? So'n Schnoddriger Berliner
Kennt vielleicht dich Euphorier,
Wenn die Ehre du der Wahrheit
Einfach gibst in schuld'ger Klarheit,
Wenn dir unser lieber Kaiser
Schon vorm Ähren gilt als Weiser.
Gilt als bester Gott und Vater...

Der Herausgeber der „Studierstube“ bemerkt dazu mit Recht: „Wie haben gewiß unter unseren evangelischen Pastoren ganz ausgezeichnete Männer. Es gibt aber leider auch andere Herren, die, so lange sie jung sind, den Referatsoffizier mar- schieren und, wenn sie zu ihren Tagen kommen, die Welt mit den Augen von Kriegsbereitschaften anschauen. Die sind's, die die Leute aus der Kirche heraustrücken. Kann man im Ernst verlangen, daß ein solches einfältiges Gemüt in einer Kirche sich zurecht findet, für deren Diener der beste Gott der zufällig residierende Monarch ist?“

— 11. Deutscher Tischlerkongress. In München hielt am Mitt- woch der Bund deutscher Tischlerinnungen seinen 31. Bundes- tag ab, der von zahlreichen Delegierten aus allen Teilen des Reiches besucht war. Der Vorsitzende Wagner (Düsseldorf) eröff- nete die Verhandlungen mit einem Hoch auf den Kaiser und den König von Bayern. Der erste Punkt der Tagesordnung betraf die Frage der Abschaffung des § 100q der Gewerbeord- nung, der die Festlegung von Mindestpreisen seitens der Zwangsverbände verbietet. Die Versammlung stellte sich auf den Standpunkt, daß im Interesse des Handwerks dieser Para- graph abgeschafft sei, während Obermeister Nahardt betonte, daß man nicht zu weit gehen dürfe; die Regierung werde sich

höchstens auf eine Abänderung des genannten Paragraphen einlassen. Die Versammlung nahm dazu dennoch eine Resolu- tion an, in welcher der § 100q als eine Bevormundung des Handwerks bezeichnet und dessen baldige Abschaffung verlangt wird. Weiter beschäftigte sich der Tischlerkongress mit Fragen des Submissionswesens und verlangte, daß die ein- schlägigen ministeriellen Erlasse von den nachgeordneten Be- hörden auch innegehalten würden. Bei der Ausschreibung von öffentlichen Arbeiten seien Sachverständige aus den Kreisen der Handwerker hinzuzuziehen. Bohl (Berlin) referierte über den Bauwindel in Großstädten und verurteilte die leichtsinnige Kreditgewährung seitens der Handwerker, die den Bauwindel großziehe. Er verlangte die Einführung des zweiten Teils des Gesetzes, betreffend den Schutz der Bau- forderungen. Weitere Beratungsgegenstände betrafen die kommenden Handelsverträge, zu deren Vorbereitung ebenfalls Sachverständige herangezogen werden müßten, die Errichtung von Lehrlingsheimen und die Erleichterung der Zulassung von jungen Handwerkern zum ein- jährig-freiwilligen Dienst.

* Der Bund deutscher Zivillingenieure hat über die außerordentliche Tätigkeit angestellter In- genieure, insbesondere von staatlichen und städtischen Be- amten eine Denkschrift verfaßt und sie den Regierungen, Ministerien, Behörden überreicht, um diese auf das Unhalt- bare dieser Zustände aufmerksam zu machen. Die Antworten, welche auf diese Denkschrift eingelaufen sind, bezeugen, daß der genannte Verband als im hohen Maße befriedigend. Die Magistratsrat der größeren Städte, die Handels- und Handwerks- kammern und viele Behörden haben sich dahin geäußert, daß sie sich mit den Bestrebungen des Bundes Deutscher Zivillingenieure einverstanden erklären und die Abstände beset- tigen würden, soweit dies nicht schon früher geschehen sei.

* Dritter Deutscher Photographentag. In Leipzig trat am Mittwoch der Zentralverband Deutscher Photo- graphenvereine und -Zunahmen zusammen, zu dem eine große Anzahl Berufsgenossen aus allen Teilen des Reiches erwie- sen waren. Staat und Stadt hatten offizielle Delegierte ent- sandt. Die Tagesordnung umfaßte im wesentlichen Vorträge fachtechnischen Inhalts. So sprach an erster Stelle Dührkoop (Berlin) über das Vortreiben, das photographische Portrait mit Feinsche und Natürlichkeit zu umgeben, er gab verschiedene Rat- schläge im Sinne seines Vortrages, die aus der Praxis ge- wonnen waren. Weiter behandelte Professor Menze (Ber- lin) die neuesten technischen Errungenschaften bezüglich Be- leuchtung, Herstellung der Platten usw.

B. Der Zentralverband der Haus- und Grundbesitzer- Vereine Deutschlands hält vom 5. bis 7. August d. J. seinen 35. Verbandstag in Köln ab. Verhandlungsgegenstände sind: Die Enteignung von Grundstücken unter besonderer Ver- sichtigung der Entschädigungsfrage; Pfandbriefämter für erste und zweite Hypotheken; Kommunale Hypothekenan- stalten; Die Kapitalien der Landesversicherungsanstalten und der Versicherungsanstalt für Angestellte; Bericht über die im Reichsamt des Innern stattfindende Untersuchung des städti- schen Immobilienmarktes; Maßnahmen zur Sicherung der Mietforderungen; Etwaige Anträge.

— Handbuch für den deutschen Außenhandel. Von dem im Reichsamt des Innern zusammengestellten „Hand- buch für den deutschen Außenhandel“ ist der Jahrgang 1914 im Verlag der Königlich Preussischen Postverwaltung von E. S. Mittler u. Sohn in Berlin erschienen. Der Zweck des Hand- buchs ist, den mit dem Außenhandel befaßten Kreisen des deutschen Erwerbslebens die Möglichkeit zu bieten, sich über die für den Handelsverkehr mit dem Ausland wichtigen Fragen, die erfahrungsgemäß Gegenstand vielfacher Anfragen bei amt- lichen Stellen sind, Rat zu holen teils unmittelbar aus dem im Handbuch wiedergegebenen Material, teils durch Benutzung der dort aufgeführten Quellen. Das Werk bringt in einem allgemeinen Teile die Grundzüge für die Ausfuhrsteuerung der Konfölate, Ratsschlüsse für Form und Inhalt der An- fragen usw., Bestimmungen über Vergebung von Lieferungen in einzelnen Ländern, in den Abschnitten „Einfuhr von Rohstoffen und Waren“ in den einzelnen Ländern und „Zoll- Verhältnisse und Streitverfahren“ praktische Winke an der Hand der Vorschriften aus der Gesetzgebung und Verwaltung. Am Schluß des „Handbuchs“ sind veröffentlicht: ein Verzeich- nis der Kaiserlichen Deutschen Konsulate, ein Verzeichnis der Handels- und landwirtschaftlichen Sachverständigen bei den Kaiserlichen Konsulatsbehörden und ein Verzeichnis der im Deutschen Reich bestehenden Handels- und Landwirtschafts- kammern. Der Jahrgang 1914 ist wieder eine wesentliche Vermehrung und Ergänzung des bisherigen Inhalts des Handbuchs. U. a. werden in dem Teil „Verkehr mit den Kaiserlichen Deutschen Konsulaten und Winke für den Handel in deren Bezirken“ nunmehr für alle Länder Angaben über das Verhalten von Gläubigern bei Konturufen gebracht. Neu angefügt sind weiter die Bestimmungen über die Verjährung von Warenforderungen. Ferner sind bei den wichtigsten Ländern Winke für Handelsangelegenheiten, die im Auslande Stellen annehmen wollen, eingefügt. Praktisches Interesse werden endlich die Angaben darüber, wie in den einzelnen Ländern erfolgreich Reklame gemacht werden kann, erwehen. Von den übrigen Änderungen sei hervorgehoben, daß der Teil „Zollverhältnisse und Streitverfahren“ nunmehr auf sämtliche Staaten der Welt ausgedehnt worden ist. Das Handbuch für 1914 umfaßt 562 Seiten, der Jahrgang 1914 umfaßt 762 Seiten. (Nähere Auskunft erteilt auch die Handels- kammer Wiesbaden.)

Parlamentarisches.

X. Die Gewinne der Linke im Reichstag. Bei den bis jetzt erfolgten 36 Reichstagswahlen hatte die Linke ins- gesamt sechs Gewinne zu verzeichnen, welche sich gleichmäßig auf die drei Linksparteien verteilen. Die Nationalliberalen gewannen Osterburg-Stendal und Salzweil-Gardelagen von den Konservativen, die Fortschrittler Waldeck-Pyrmont von der Wirtschaftlichen Vereinigung und Hagenow-Grevedamm von den Konservativen, die Sozialdemokraten endlich Jüterbog-Luckenwalde und Varna-Pegau von der Reichspartei. Diesen Gewinnen stehen zwei Verluste gegenüber: die Sozial- demokraten verloren Jerichow an die Konservativen, die Nationalliberalen Offenburg-Mehl an das Zentrum. Es ver- bleibt der Linke also ein Gewinn von 4 Mandaten, was bei den unsicheren Mehrheitsverhältnissen von nicht zu unter- schätzender Bedeutung ist.

wd. Wohnungsgesetzkommission des Abgeordnetenhauses. Berlin, 25. Juni. Die Wohnungsgesetzkommission des Ab- geordnetenhauses beriet über den fortgeschrittenen An- trag auf Bereitstellung von 25 Millionen Mark zur Förde- rung der Bünde des Wohnungsgesetzes, ferner über eine Re- sultation des Zentrums, welche 100 Millionen Mark für den gleichen Zweck verwenden will. Insbesondere soll durch die beiden Anträge die Beschaffung zweier Hypo- theken erleichtert werden. Die Anträge wurden von kon- servativer, freikonservativer und nationalliberaler Seite be- kämpft, da die geforderten Mittel nicht im entferntesten zur Erreichung der gesteckten Ziele ausreichen. Überdies seien die Aufgaben der Städte und nicht des Staats. Von seiten der

Regierung wurde der gleiche Standpunkt eingenommen. Die darauf folgende Eventualresolution des Zen- trums wurde fast einstimmig angenommen, näm- lich die Regierung zu erlauben, im Sinne der praktischen Durchführung des Wohnungsgesetzes zur Förderung des Kleinwohnungsbaus für die minderbemittelte Bevölkerung geeignete Maßnahmen zu ergreifen und entsprechende Mittel zur Verfügung zu stellen. Der fortgeschrittene Antrag wurde abgelehnt.

Der bayerische Postetat in der Kammer. München, 25. Juni. Im Landtag führte der Verkehrsminister aus, daß der vorausgesetzte Zusammenbruch der bayerischen Post bisher noch nicht erfolgt sei. Es seien nicht nur die Ausgleichsbeiträge für das Reich ausbezahlt, sondern darüber hinaus Ablieferungen an die bayerische Staatskasse gemacht worden. Wenn das bayerische Postreferat ein lo- stspieliges Vergnügen genannt werde, so sei dies durch nichts begründet. Der bayerische Staat habe an seine Post- verwaltung nichts ausgezahlt, sondern finanzielle Vorteile aus ihr gezogen. Es wäre durchaus zweifelhaft, ob unter der Wirtschaft der Reichspost die jetzigen niedrigen Tele- phongebühren bestehen bleiben würden. Die Reichspost hätte Bayern unmöglich eine andere Verwaltung geben, als den übrigen Gebieten des Reichs. Die bayerische Post stehe hinter keiner deutschen Postverwaltung zurück, in mancher Hinsicht sei sie sogar beweglicher als die Reichspost, beispielsweise im Motorpostbetrieb. Die Verkehrsbedürfnisse und Wünsche könnten leichter befriedigt werden als in einem großen Verkehrsgebiet. Man hätte allen Grund, der Eigen- art Bayerns auf dem Gebiete der Post und Telegraphen Rechnung zu tragen und sie zugunsten der wirtschaftlichen Entwicklung Bayerns und seiner Selbstständigkeit zu erwei- tern. (Bravo! im Zentrum.) Das Gleichgewicht zwischen Einnahme und Ausgabe müßte durch die Schaffung neuer Einnahmequellen hergestellt werden. Der Einführung von Postparaffen ständen große Schwierigkeiten entgegen. Die Verwaltung glaube, von der Einführung einer Postparaffe zurzeit absehen zu sollen. Die Ausgleichsbeiträge an das Reich seien das höchste Maß dessen, was verlangt werden könne. Weitere Ablieferungen an die Staatskasse über diese Bei- träge hinaus könnten nicht verlangt werden. Die Verwaltung müsse versuchen, die Ausgaben herabzumindern. Durch Ein- führung von automatischen Umschaltstellen werde eine erheb- liche Personalsparnis erzielt. Die Hoffnung auf Besserung der Rentabilität der bayerischen Post seien nicht ausfallslos.

Das heftige Ladegesetz. Die zweite heftige Kammer nahm im wesentlichen in der Fassung der Regierungsvorlage den Gesetzentwurf, betreffend die Ladegesellschaften, die Veräußerung von Anbaber-Papieren und den Handel mit Lotterielosen, an. Das Gesetz entspricht in seinen Grundprinzipien den gleichen bereits in Preußen, Hamburg, Lübeck, Oldenburg und Braunschweig eingeführten gesetzlichen Maßnahmen gegen die unübersichtliche Ausübung des leichtgläubigen Publikums durch die sogenannten Ladegesellschaften.

Heer und Flotte.

Truppenverlegungen. Nach Fertigstellung der Unterkunft in den endgültigen Standorten werden am 1. Oktober 1914 verlegt: Das 3. Bataillon 5. Lothringischen Infanterie-Regiments Nr. 144 von Metz nach Driedorf; der Stab, das 1. und 2. Bataillon 5. Westpreussischen Infanterie-Regiments Nr. 148 von Bromberg nach Ebing; das 3. Bataillon 6. Westpreussischen Infanterie-Regiments Nr. 149 von Schneidemühl nach Deutsch-Krone; das 3. Bataillon 9. Rheinischen Infanterie-Regiments Nr. 160 vom Truppenübungsplatz Fried- richsdorf nach Eustirchen; das 3. Bataillon Schleswig-Hol- steinischen Infanterie-Regiments Nr. 163 vom Truppen- übungsplatz Rodheide nach Heide; das 3. Bataillon 10. Loth- ringischen Infanterie-Regiments Nr. 174 von Straßburg i. E. nach Hordach; das 3. Bataillon 8. Westpreussischen Infanterie- Regiments Nr. 175 vom Truppenübungsplatz Gruppe nach Schwob; der Stab, das 1. und 2. Bataillon 9. Westpreussischen Infanterie-Regiments Nr. 176 von Thorn nach Kulm; das Jäger-Bataillon Fürst Bischoff (Pommernisches) Nr. 2 von Kulm nach Neustettin; die 1. Abteilung 4. Badien Feld- artillerie-Regiments Nr. 68 von Reutlingen nach Rahr; die 2. Abteilung 3. Ober-Sächsischen Feldartillerie-Regiments Nr. 80 vom Truppenübungsplatz Oberhofen nach Neubrück; das 1. Bataillon Badien Juchartillerie-Regiments Nr. 14 von Straßburg i. E. nach Mühlheim i. Baden; der Stab des Lothringischen Juchartillerie-Regiments Nr. 16 von Driedorf nach Metz; das 1. Bataillon des Juchartillerie-Regiments von Mühlheim i. Baden nach Metz; der Stab des Juchartillerie-Regiments Nr. 20 von Juchartillerie nach Altona; das 1. und 2. Bataillon des Juchartillerie-Regiments vom Truppen- übungsplatz Rodheide nach Altona; das 2. Bataillon des Juchartillerie-Regiments der Juchartillerie-Schule vom Truppen- übungsplatz Jüterbog nach Jüterbog; die 3. Kompanie Luft- schiffer-Bataillons Nr. 3 von Metz nach Darmstadt; die Maschinische Train-Abteilung Nr. 20 vom Truppenübungsplatz Hammerstein nach Marienburg. — Das Kräftefahr-Bataillon bezieht am 1. Oktober 1914 Unterstuf in Berlin (Pantow). — Am 1. Oktober 1914 werden ferner verlegt: Das 3. Bataillon des Infanterie-Regiments von Winterfeldt (2. Ober- schlesischen) Nr. 23 von Reiche nach Neustadt i. Ob.-Schles.; das 3. Bataillon des Juchartillerie-Regiments von Steinmetz (West- preussischen) Nr. 37 von Krottschin nach Jaroschin; die Maschinengewehr-Abteilung Nr. 4 von Thorn nach Dargitz unter Aufstellung zum 2. Bataillon des Grenadier-Regiments König Friedrich I. (4. Ostpreussischen) Nr. 5; die 5. (Pantow-) Kompanie des Telegraphen-Bataillons Nr. 1 von Berlin nach Königs-Busterhausen. — Nach Beendigung der Herbstübungen werden verlegt: Die 1. Eskadron Juchartillerie-Regiments Graf zu Dohna (Ostpr.) Nr. 8 von Stollupönen nach Gumbinnen und die 4. Eskadron des Juchartillerie-Regiments von Gumbinnen nach Stollupönen.

Die Kreuzer im Auslande. Im letzten halben Jahre sind 3 Auslandschiffe in die Heimat zurückgekehrt und 3 Kreuzer wieder in das Ausland entsandt worden. Es kehrten heim: aus Ostafrika der Kreuzer „Seeadler“, aus der Südsee das Kanonenboot „Condor“ und aus Ost-Amerika der Kreuzer „Bremen“. Alle 3 Schiffe blieben auf eine lang- jährige Verwendung im Auslandsdienst zurück. Als viertes Schiff kehrte das Kanonenboot „Panther“ zu einer Zustan- dung in die Heimat zurück; dieses Schiff wird in dessen noch vor Beginn des Herbstes wieder auf seine Station nach West- afrika zurückkehren. Von den ins Ausland entsandten Schiffen ging Ende Dezember der Kreuzer „Dresden“ nach der amerikanischen Station, damals um den heimkehrenden Kreuzer „Bremen“ abzulösen. Vor einiger Zeit hat nunmehr der Kreuzer „Karlruhe“ die Fahrt nach Ost-Amerika angetreten, um wiederum den Kreuzer „Dresden“, der aus

vertretungsweise in das Ausland gesandt worden war, abzufragen. Der Kreuzer „Königsberg“, der Ende April die Heimat verließ, hat inzwischen sein neues Stationsgebiet, die ostafrikanische Küste, erreicht, auf der er mehrere Jahre bleiben dürfte, wenn nicht unvorhergesehene Ereignisse seine anderweitige Verwendung wünschenswert machen.

Schiffsnachrichten. Eingetroffen: S. M. S. „Königsberg“ am 22. Juni in Apurulo, S. M. S. „Gerta“ am 21. Juni in Sonderburg, S. M. S. „Vineta“ am 20. Juni in Stockholm, S. M. S. „Victoria Luise“ am 23. Juni in Neufahrwasser, S. M. S. „Hohenzollern“ mit „Eisbär“ am 22. Juni in Brunsbüttelkoog, S. M. S. „Gneisenau“ am 22. Juni in Rosafak, S. M. S. „Her“ am 22. Juni in Swakopmund.

Post und Eisenbahn.

Die Remodernung des Postfachverkehrs. Postfachgesetz und Postfachordnung bringen am 1. Juli so zahlreiche Änderungen, daß es gut ist, wenn die Interessenten sich schon jetzt damit beschäftigen. Die Stammeinlage wird von 100 auf 50 M. ermäßigt. Die Zuschlaggebühr fällt weg. Einzahlungen mit Zahlarten kosten bis 25 M. 5 Pf., darüber 10 Pf. Es können dann Beträge in beliebiger Höhe für 10 Pfennig eingezahlt werden, während jetzt 10 000 M. 1 M. kosten. Auszahlungs- und Überweisungsgebühren bleiben. Durch Wegfall des Zuschlags wird aber die Hälfte aller Überweisungen billiger. Von der 601. Buchung kostete jede Überweisung dem Überweisenden 3 + 7 = 10 Pf., dem Empfänger 7 Pf., zusammen also nicht weniger als 17 Pf., in Zukunft nur 3 Pf. Mit der Zunahme der Zahl der Konten wächst auch die Möglichkeit, Zahlungen in jeder Höhe für 3 Pf. auszuführen. Die Briefe der Kontoinhaber an die Schenkämter erfordern nur noch des Ordinariums, wenn dafür besondere Briefumschläge benutzt werden. Diese können 10 Stück für 5 Pf. von den Schenkämtern bezogen werden. Sie sind hellgelb mit schwarzem Aufdruck. Sie werden kostenfrei mit der Kontonummer bedruckt. Sie können auch von der Privatindustrie hergestellt werden, ebenso die blauen Zahlarten. Diese erhalten neu den Vordruck: Absender (Name und Wohnort). Auch auf dem Hauptteil ist ein Vordruck für die Angabe des Absenders vorgesehen. Neu eingeführt werden grüne Postaufträge zur Geldeinzahlung mit anhängender Zahlkarte und blaue Postaufträge mit ebenfalls anhängender Zahlkarte. 10 Stück kosten 5 Pf. Bei Briefen, Druckdrucken in Briefform und Warenproben mit Nachnahme hat der Kontoinhaber blaue Nachnahmezahlarten mit Klebseife zu verwenden. Zulässig sind künftig telegraphische Zahlarten und Überweisungen sowie telegraphische oder telegraphische Denachrichtigung des Empfängers einer Überweisung durch das erste Schenkamt. Telegraphische Einzahlungen und Überweisungen sind bis 3000 M. zulässig. Giropostkarten gibt es nicht mehr, da auch Überweisungen im Umschlag für 5 Pf. aus jedem Ort an das Schenkamt befördert werden. Der Höchstbetrag eines Schenkts ist von 10 000 auf 20 000 M. heraufgesetzt worden. Der Betrag eines Schenkts kann auch durch Eilboten zugestellt werden.

Neue Verordnungen bei der Post. Zahlreiche Verordnungen hat die Post mit Glück durchgeführt. Die Verordnungen Postkarte, postlagernd, Postanweisung, Postauftrag usw. haben die älteren fremden Verordnungen vollständig verdrängt. Weniger glücklich ist die Post mit späteren Verordnungen gewesen. Telefon und Adresse halten den amtlichen Ausdrücken Fernsprecher und Aufschrift stand. Zwei neue Verordnungen oder mehr noch Vereinfachungen bringt die deutsche Post am 1. Juli zur Einführung. Die Postpaketadresse wird durch die kurze Bezeichnung Paketkarte ersetzt, die Abgabeneinholung durch Annahmeeinholung, in dem Formular zum Postauftrag zur Annahmeeinholung eingeführt werden. Gleichzeitig werden Formulare für Postaufträge zur Geldeinzahlung und für Postprotestaufträge mit anhängender, vom Publikum vorzuschreibender Postanweisung eingeführt. Auch zahlreiche andere Formulare werden geändert. Die Besitzer von alten Formularen können aber diese noch bis auf weiteres aufbrauchen. Die Einführung der neuen Formulare steht im Zusammenhang mit dem Inkrafttreten des Postfachgesetzes, zu dem inzwischen auch eine ausführliche Postfachordnung erlassen worden ist. Die neuen Verordnungen Paketkarte und Annahmeeinholung dürften sich ohne Schwierigkeiten einbürgern und in den Sprachgebrauch übergehen. Die Adresse wird aber wohl am Leben bleiben, nachdem sie schon nahezu zu einem eingebürgerten Reimwort geworden ist.

Deutsche Schutzgebiete.

Deutsch-afrikanischer Gouvernementsrat. Dar-es-Salaam, 25. Juni. Der Gouvernementsrat von Deutsch-Ostafrika hat am Dienstag die früher gemeldeten Verordnungsgeheimwürfe in zweiter und dritter Lesung angenommen. Der Vertreter der evangelischen Mission stellte fest, daß auch Anfragen bei den Missionen kein ausreichendes Material zur Beurteilung der Frage ergeben hätten, ob die Bevölkerung des Schutzgebiets abnimmt oder zunimmt. Ein Vertreter der Pflanzerei führt aus, daß die Schutzmachtung der Pflanzengärten von den Pflanzern nach Kräften gefördert werde. Die im Reichstag gewünschte Schaffung freier Bauern auf den Pflanzungen sei dagegen unmöglich. Bei der weiteren Besprechung der Arbeiterverhältnisse wurden mehrere Anträge, betreffend die Änderung der Arbeiterverordnung, erörtert. Schließlich wurde der Etat in zweiter Lesung angenommen, dazu eine von sämtlichen außeramtlichen Mitgliedern eingebrachte Resolution gegen die Veranlassung des Schutzgebiets zu den Militärkosten, die verurteilt sei und insbesondere die notwendigen sanitären und sonstigen Maßnahmen für die Eingeborenen verbindlich. Ferner wurde ein Antrag angenommen, daß die Kolonialverordnungen außer Kraft gesetzt werden und dem Gouvernementsrat neue Entwürfe vorgelegt werden sollen.

DKG. Gesellschaftsreise nach Deutsch-Ostafrika. Die Deutsche Kolonialgesellschaft veranstaltet auf Anregung und unter Mitwirkung des Heimatschusses der zweiten Allgemeinen Deutsch-Ostafrikanischen Landesausstellung in Dar-es-Salaam eine für die Teilnehmer kostenfreie Gesellschaftsreise nach Deutsch-Ostafrika behufs Besichtigung der Ausstellungen in Dar-es-Salaam und des Schutzgebiets. Nach den getroffenen Bestimmungen sollen zu dieser Reise diejenigen freigeleihen werden, denen es sonst kaum vergönnt ist eine Kolonie kennen zu lernen. In erster Linie wird an die Kreise der Arbeiter, Handwerker, kleinen Gewerbetreibenden, Lehrer usw. gedacht. Die sehr geringe Anzahl der zu entsendenden Personen soll über alle Kreise des Deutschen Reichs verteilt werden; es sind zunächst dreißig Personen in Aussicht genommen. Die Ausreise soll erfolgen ohne Rücksicht auf die Parteizugehörigkeit; sie wird vorgenommen durch die Abteilungen der

Deutschen Kolonialgesellschaft. Das Risiko, welches mit einer solchen Reise verknüpft ist, hat der Teilnehmer natürlich allein zu tragen. Jeder Teilnehmer muß sich auch verpflichten, nach Beendigung der Reise eine kurze Aufzeichnung seiner Reiseeindrücke der Deutschen Kolonialgesellschaft zu überreichen sowie nach seinen Fähigkeiten im Interesse unserer kolonialen Sache zu wirken. Die Ausreise soll auf dem Dampfer „General“ ab Hamburg am 14. Juli dieses Jahres in der zweiten Klasse erfolgen. Der Aufenthalt in der Kolonie dauert vom 17. August bis 2. September; die Rückreise kann nach Wahl der Reisenden entweder auf dem „General“ direkt oder dem „Dolph Boeremann“ um das Kap herum erfolgen. In letzterem Falle trifft der Dampfer in Hamburg am 4. Oktober, in letzterem Falle am 22. Oktober ein. Während des rund vierzehntägigen Aufenthaltes in Ostafrika wird den Reisenden Gelegenheit gegeben, verschiedene Teile der Kolonie zu besichtigen. Seitens der Leitung wird in erster Linie die Fahrtarte zweiter Klasse für die Hin- und Rückfahrt auf dem Dampfer sowie freie Reise und freier Aufenthalt in der Kolonie gewährt. Damit aber der Kostenpunkt niemanden, der sonst geeignet erscheint, verhindert, an der Reise teilzunehmen, wird auf besonderen Antrag auch noch die freie Fahrt dritter Klasse nach Hamburg und zurück bewilligt, ferner eine kleine Ausrüstung, bestehend aus zwei weißen Ärmeln, einem Koffer, einem Tropenhelm, sechs Tropenhemden, einem Fieberfieber. Anmeldungen sind schnellstens zu richten an die Deutsche Kolonialgesellschaft, Berlin W. 35, Afrikahaus, oder an die bez. Abteilung der Deutschen Kolonialgesellschaft.

Der Wert deutscher Missionstätigkeit in China. Der „Shanghai Mercury“, ein Organ zur Vertretung englischer Interessen in China, schreibt in einer seiner letzten Nummern: „Über den Wert von Unterrichtsanstalten als Ausstrahlungspunkten nationalen Einflusses ist kein Zweifel. Die Schüler deutscher Unterrichtsanstalten in China kommen in Verührung mit deutschen Erzeugnissen, sie sehen deutsche medizinische Erzeugnisse, deutsche Ingenieur- und Maschinenwesen, deutsche Unterrichtsmethoden. Wenn sie einmal ihre Ausbildung abgeschlossen haben und mit der Zeit verantwortliche Stellen in Staats- oder Privatdienst gelangt sind, so werden sie natürlich immer, wenn sie Bestellungen auf ausländische Erzeugnisse unterzubringen haben, die Typen bestellen, mit denen sie während ihrer Studien vertraut geworden sind. Darüber hinaus haben sie während ihrer Studienzeit in einem gewissen Grad deutsche Denkwelt, deutsche Lebensauffassung angenommen. Das Ergebnis ist, daß sie sich ganz abgeben von der Frage der Sprache, überhaupt bei den Deutschen mehr als bei irgend einer anderen westlichen Nation zu Hause fühlen. Die Fühlung mit ihnen ist enger, sie wenden sich im Bedarfsfälle an ihre deutschen Freunde um Beistand, und alles das dient mittelbar zum Nutzen des deutschen Verkehrs und Handels, deutschen Geldverkehrs und des deutschen Ansehens. Das behält auch seine Geltung, wenn es sich um Engländer, Franzosen, Amerikaner, Japaner oder irgend eine andere Nationalität handelt, und so sollte die unbedingte Angelegenheit fruchtbarer Unternehmungen von Unterrichtsanstalten durch Handels- und Finanzhäuser jedermann einleuchten.“

Ausland.

Frankreich.

Zur Beilegung des Pariser Poststreiks. Paris, 25. Juni. Über die vorläufige Beilegung des Poststreiks erklärte der Handelsminister Thomson einem Berichterstatter, er halte die Lage für besser, als er gestern zu hoffen gewagt habe. Jeder Zwist zwischen der Regierung und den Postbeamten scheint ihm gegenwärtig beseitigt und er glaube, daß der Waffenstillstand das Vorpiel zu einem baldigen Frieden bilde.

Rußland.

Streikandrückungen in Kasan. Kasan, 25. Juni. Der Streik der Rapphaarbeiter hat zu einer Reihe von Zwischenfällen geführt. Die Auswärtigen feierten einen Rapphaaturn in Brand, und es kam wiederholt zu Zusammenstößen zwischen den Streikenden und Arbeitswilligen, bei denen auf beiden Seiten vom Revolver Gebrauch gemacht wurde. Einige Arbeiter wurden getötet, eine größere Anzahl schwer verletzt. 20 der ausländischen Arbeiter wurden von der Polizei verhaftet. Es besteht vorläufig keine Aussicht auf eine Beilegung der Differenzen zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern.

Mexiko.

Zur Einnahme von Zacatecas. El Paso, 25. Juni. Nach einem Bericht des Generals Pezuela über den Fall von Zacatecas wurde die Stadt am Dienstagmorgen eingenommen, wobei den Siegern eine große Anzahl von Munition und Waffen und eine Anzahl von Gefangenen in die Hände fiel. Die Rebellen hatten große Verluste, darunter zwei Generale. Die Verluste der Bundesstruppen werden nicht erwähnt.

37. Deutscher Fleischartag.

S. u. H. Danks, 24. Juni.

Unter zahlreicher Beteiligung von Vertretern aus dem ganzen Reich trat heute hier der Deutsche Fleischerverband zu seinem 37. Verbandstag zusammen, der die Erörterung einer Reihe auch für das konsumierende Publikum wichtiger Fragen des Fleischergewerbes bringen soll. Als erstes Thema verhandelte der Verbandstag

die Ergebnisse der Reichs-Fleischenquête.

Der erste Referent Obermeister Falk (Mainz) führte aus: Wie bei der vor einigen Jahren auf sozialdemokratisches Drängen veranstalteten Reichsenquête über die Arbeitsverhältnisse im Fleischergewerbe, so hat auch die im vorigen Jahr abgehaltene Reichsenquête über die Zustände im Vieh- und Fleischhandel zu einem für das Fleischergewerbe günstigen Ergebnis geführt. Es wurde festgestellt, daß durch das Fleischergewerbe, wie es heute handwerksmäßig betrieben wird, keine ungewöhnliche Steigerung der Fleischpreise herbeigeführt wird, daß dagegen die Wünsche der Konsumenten besser Berücksichtigung finden als bei anderen Verfahren der Fleischverarbeitung. Veranlassung zu der Enquête gaben die unverantwortlichen Verdächtigungen, daß das Fleisch auf dem Weg vom Stall zur Küche durch Viehhandel und Fleischerwerke ungesüßlich und unnötig verteuert werde, was zu einer gereizten Haltung gegen die Viehhändler und Fleischer

führte. Die Veranstaltung der Enquête mußte unter diesen Umständen als eine erlösende Tat begrüßt werden. — Der Korreferent Dreßler (Freiburg) berichtete über die Ermittlungen der Fleischenquête zu der Frage, wie das Verhältnis der Preise für das Schlachtvieh im Lande zu den an den Schlachtviehmärkten gezahlten Viehpreisen sei und wie sich die Spannung zwischen diesen beiden Preisen zusammenlehe.

In der Diskussion legte Schliad (Halle) Verwahrung ein gegen die Rede des Landwirtschaftsministers auf der Jubiläumsausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft in Hannover; Freiherr v. Schorlemer scheint die Lehren der Fleischenquête schon vergessen zu haben. — Reichstagsabgeordneter Leube (Hamburg) führte aus, daß auf die Fleischpreise allein die Landwirtschaft Einfluß habe. Wenn sie nicht genügend Fleisch produziert, müssen die Vieh- und Fleischpreise hoch sein. Um so unerwünschter ist die Hebe der Agrarier gegen die Fleischer. Daß es den Landwirten nicht gelungen ist, den Fleischern die langfristigen Schweinefleischverträge mit ihren hohen Preisen aufzuheben, ist nur der Wackeltanz des Deutschen Fleischerbundes zu danken. — Obermeister Kober (Magdeburg) kommt auf die Maßnahmen der Regierung zur Abhilfe der Fleischnot zu sprechen und betont, daß diejenigen Fleischer am besten abgeschnitten haben, die sich der Regierung zur Seite gestellt haben.

Ein Beschluß zu der Frage wurde nicht gefaßt. — Es wurden dann zwei Anträge angenommen, die sich gegen die Staats- und Städtekonkurrenz sowie die Hergabe von Räumen seitens der Behörden an die sogenannten Hausfrauenvereine richten. — Jareßky (Posen) begründete einen Antrag.

Dem Rückgang des Fleischkonsums

entgegengutreten. Der Fleischverbrauch auf den Kopf der Bevölkerung habe wie seit 1907 auch im Jahre 1913, und zwar gegen das Vorjahr um 2,8 Prozent abgenommen. Da die Bevölkerung in Deutschland bei dem rauen Klima auf die Fleischkost angewiesen sei, so könne sie nicht den Landwirten und ihren Freunden zuliebe zur Pflanzekost übergehen. Unter diesen Umständen müsse nicht nur im Frieden, sondern auch gerade mit Rücksicht auf den Krieg die Viehproduktion zum äußersten gefördert werden. — Der Antrag wurde angenommen.

Auf Antrag des Bezirksvereins Hessen-Rassau wurde beschlossen, die von der Reichsregierung eingeleiteten Erhebungen über die Durchschnittsgewichte der Tiere zu unterstützen. — Das folgende Thema:

Posttarif und Handelsverträge

behandelte Koch (Weißberg). Er stellte folgende Forderungen auf: Daß für den Fall der Not, der Seuchen oder Mißernte im Posttarifgesetz die Möglichkeit einer zeitweisen Ermäßigung oder Suspendierung von Zöllen durch die Reichsregierung vorgesehen wird und allgemein zu gewähren ist; daß § 13 des Posttarifs dahin ausgedehnt wird, daß auch eine indirekte Besteuerung des Fleischkonsums durch übermäßige Gebühren den Gemeinden unterlagt und die Erhebung von Schlacht- und Fleischsteuer durch die Eingelassen unterbunden wird; den Zoll auf Futtermittel aufzuheben oder herabzusetzen; die Viehzölle von 8 und 9 auf 6 M. pro Doppelzentner zu ermäßigen und Jung- und Juchvieh zollfrei einzulassen; den Zoll für frisches Fleisch von 27 auf 18 M. zu ermäßigen; die Zölle für alle Speisefette, wie für Schmalz, Öl und Kunstspeisefette auf 10 M., für denaturierte Fette auf 3 M. festzusetzen; für alle pflanzlichen Fettstoffe, wie für Sesam und Erdnüsse, einen Zoll von 2 M., für die darauf gewonnenen Öle, so weit sie nicht heute schon mit höherem Zoll belastet sind, einen Zoll von 5 M., für Tran 6 M. festzusetzen. Der zollfreie Grenzverkehr kann auch dann aufgehoben werden, wenn er zu gewohnheitsmäßigem Mißbrauch und zu schwerer Beeinträchtigung der deutschen Gewerbeinteressen im Grenzgebiet ausartet; Viehseuchen-Konventionen auch mit anderen Ländern als mit Österreich-Ungarn abzuschließen und in der österreichisch-ungarischen Konvention vorzusehen, daß Vieh auch lebend eingeführt werden kann und nicht in Grenzschlachthäusern abgeschlachtet werden muß. — Die Beratungen werden fortgesetzt.

Aus Stadt und Land.

Wiesbadener Nachrichten.

Die obligatorische Fortbildungsschulen Wiesbadens.

Dem Schulsjahr 1913/14 der obligatorischen Fortbildungsschulen der Stadt Wiesbaden ist der Bericht gewidmet, der uns jetzt als ein 31 Seiten umfassendes Heftchen vorgelegt wird. Der erste, von Fortbildungsschulinspektor Kern und Direktor Veitinger gemeinsam erhaltene Teilbericht betrifft die gewerbliche Fortbildungsschule. Das Lehrerkollegium bestand in dem Berichtsjahr aus vier hauptamtlichen und 17 nebenamtlichen Lehrern. Während des Schulsjahrs ist Lehrer Kahl und am Schluß des Schulsjahrs sind die Lehrer Wies und Wink ausgehoben. Vom 1. April d. J. an ist Architekt Schiemann als Lehrer im Hauptamt und als hauptamtlicher Hilfslehrer für die Fachklassen der Maschinen- und Diplomingenieure Felix Winnicki angestellt, während die Gewerbelehrerin Ballo Bandau aus Weiburg für den Berufs- und fachlichen Unterricht für die am 1. April d. J. die Gewerbeschule besuchenden Lehrlinge des Schneider-, Schuhmacher- und Schreinerhandwerks gewonnen worden ist. Im vorvergangenen Jahr betrug die Zahl der Schüler 1850, das sind 55 mehr als im Vorjahr und 114 mehr als im Jahr 1911. Die größten Schülergruppen sind die der Schlosser- und Schneider, dann folgen zunächst Elektro-Installateure, Bäcker, Köche, Kellner, Friseur, Mechaniker, Spengler, Schreiner, Schuhmacher und Schreiner. Die Lage des Vaugemetzes scheint auch in der Abnahme der Maurer-, Tücher-, Maler- und Tapeziererlehrlinge zum Ausdruck zu kommen. Von den 1850 Schülern gingen 1202 aus der Volks-, 108 aus der Mittel- und 54 aus höheren Schulen hervor. Aber die Schulpflicht ist ein glückliches Verhängnis. Von 407 Sparern wurden 2250 M. 56 Pf. gespart. Von den Eltern und Lehrern unserer Schüler wird diese zeitgemäße Einrichtung begrüßt und bestens unterstützt, heißt es in dem Bericht. Zum Schluß erfahren wir noch, daß mit dem im September 1913 eingeführten Schulreform an Sonntagnachmittagen 96 Schüler bestraft wurden sind. Diese Art Strafe habe sich bewährt.

Direktor Beyer erstattet den Bericht der kaufmännischen Fortbildungsschule, die ihr 13. Lebensjahr vollendet hat. Im Lauf des Schulsjahrs sind die Kaufleute

Adolf Keunzgerling, Hugo Gadlich und Herm. Schropp aus dem Schulvorstand ausgeschieden. Das Lehrerkollegium umfaßt 11 Herren und 4 Damen. Ostern 1913 trat Lehrer Cloes aus, der seit Vestein der Anstalt an ihr tätig war. An Stelle des Lehrers Ad. Philippi trat im Herbst 1913 Julius Hartmanns-henn. Die Pflichtfächer waren von 378 Schülern und 197 Schülerinnen, die fremdsprachlichen Fächer von 51 Schülern und 32 Schülerinnen besucht. Für Französisch kamen wiederum keine Kurse zustande, da die Zahl der Anmeldungen nicht groß genug war. Für Gabelberger Stenographie konnte eine Klasse mit 30 Besuchern und für Maschinenschreiben konnten sechs Klassen mit 60 Besuchern eingerichtet werden. Endlich fand vom Oktober bis Januar unter der Leitung des Kaufmanns Heuseroth wieder ein Kursus in Lachdicht statt, an dem 17 Schüler und Schülerinnen teilnahmen. Die Gesamtschülerzahl betrug 760; 130 Abgängen standen 193 Zugänge gegenüber. Von den Schülern kamen 87 aus höheren Lehranstalten, 141 aus Mittelschulen und 279 aus Volksschulen; von den Schülerinnen hatten 15 höhere Lehranstalten, 70 die Mittelschule und 201 die Volksschule besucht. Die meisten Besucherinnen der kaufmännischen Fortbildungsschule waren in Manufaktur- und Modewarenengeschäften beschäftigt, die meisten Besucher in Delikatessen- und Kolonialwarengeschäften. Gegen zwölf Prinzipale mußte mit Polizeistrafen vorgegangen werden, weil sie ihre Lehrlinge vom Unterricht fernhielten, ohne zeitig vorher Dismiss einzuholen. Eine so hohe Zahl von Strafverfügungen ist bisher in keinem Jahr erreicht worden, sagt der Bericht. Über das sittliche Verhalten der Schüler und Schülerinnen spricht sich der Bericht lobend aus. Der Errichtung von Verkaufserinnen-Klassen steht keine Schwierigkeit mehr im Wege, die Errichtung einer höheren Handelschulklasse mußte dagegen abermals zurückgestellt werden. Im Herbst d. J. soll durch öffentliches Ausschreiben rechtzeitig zur Meldung für diese Anstalt aufgerufen werden, um so festzustellen, ob die geplante Einrichtung einem Bedürfnis entspricht.

Den Tätigkeitsbericht der Jugendvereine der hiesigen Fortbildungsschulen erstattet endlich Handelslehrer M. Schäfer. Aus dem Vorstand sind im Lauf des Jahres Direktor Bittelmann, Rentner Hartmann und Gewerbelehrer Goelcher ausgeschieden. Die Zahl der Besucher des Besichtigungsheims betrug durchschnittlich 40 bis 50. Neun Vorträge wurden gehalten, die erst gut, dann mäßig besucht waren. An den Wochentagsabenden wurden Übungen und Kurse in der ersten Klasse bei Unglücksfällen, in der Zeitungslektüre und im Kartenlesen abgehalten. Mitte November wurde eine Gesangsabteilung ins Leben gerufen, die Lehrer Heinz untersteht. An den Veranstaltungen der Pfadfinderabteilung beteiligten sich durchschnittlich 40 bis 60 Jungen; die Zahl der Teilnehmer an den Volks- und Jugendtänzen belief sich im Durchschnitt auf 30 bis 50. Das Turnen wurde auch im verflossenen Jahr den hiesigen Turnvereinen übertragen. Obwohl bedürftigen Turnern die Turnkleidung gestellt wurde, war die Beteiligung doch gering. Eine Anzahl junger Leute erhielt Unterricht im Schwimmen.

Der Dohheimer Bahnhof.

Über die wirklich grauenhaften Zustände, die am Dohheimer Bahnhof herrschen, den wir Wiesbadener mit gutem Recht auch als einen Wiesbadener Bahnhof ansprechen dürfen, ist dieser Tage von zwei Dohheimer Mitarbeitern des „Wiesbadener Tagblattes“ geschrieben worden. In dem zweiten Artikelchen wurde behauptet, nur das „Tagblatt“ habe den Klagen über die unhygienischen Verhältnisse Gehör gegeben. Das wird von dem „Westlichen Bezirksverein“ bestritten. Wir haben natürlich gar keinen Anlaß, uns mit fremden Federn zu schmücken, und geben daher dem Vorstand des Vereins gern das Wort. Er schreibt: „Sicher ist es der „Westliche Bezirksverein“, der die betreffenden Verhältnisse schon lange beobachtet und dann auch zuerst an der rechten Stelle dargelegt und um ihre Beseitigung gebeten hat. So hat er diesbezüglich am 15. September 1913 und am 14. Dezember 1913 Eingaben an die Preussisch-Preussische Eisenbahndirektion in Mainz gerichtet. Da die Antworten nicht befriedigend waren, unter Darlegung der Verhältnisse und unserer seitherigen Bestrebungen, am 27. März 1914 an den preussischen Eisenbahnminister selber heranzutreten und auch mit unserem Vertreter im Abgeordnetenhaus, Herrn Kommerzienrat Bartling, mündlich verhandelt. Und was war der Erfolg? Erst vor wenigen Wochen, am 7. Mai 1914, ging uns die Antwort des Herrn Ministers durch Vermittlung der Eisenbahndirektion Mainz zu. In derselben werden die Verhältnisse zwar vollständig anerkannt, dann aber heißt es, „dieselben können nur beseitigt werden durch einen vollständigen Umbau des Bahnhofes, was aber aus technischen und finanziellen Gründen zurzeit noch nicht in Aussicht gestellt werden kann“. Mit anderen Worten heißt das: man läßt erst das Kind in den Brunnen fallen und dann deckt man ihn zu. Diese Antwort ist wohl die beste Widerlegung der in Nr. 287 des „Wiesbadener Tagblattes“ aufgestellten Behauptung, „dass schon seit Monaten die völlige Umgestaltung der Bahnhofsverhältnisse beschlossene Sache sei. Sei dem nun, wie es wolle, uns soll jeder Helfer willkommen sein.“ Oft hilft doch mehr als alle Eingaben von Bezirksvereinen usw. an Behörden und Minister die öffentliche Behandlung eines Mißstandes in der Presse. Das ist jedenfalls sicher: hier niemals an Sonntagen den Dohheimer Bahnhof benutzt hat, der wird sich gern unserem und des „Westlichen Bezirksvereins“ Protest gegen die dort herrschenden Zustände anschließen. Einige tausend Protestler kommen zweifellos auf diese Weise zusammen, und die dürften immerhin auch in Berlin einigen Eindruck machen.

Hausparbüchsen.

In der „Korrespondenz für Kommunalwirtschaft und Kommunalpolitik“ war vor einiger Zeit ein Artikel eines sächsischen Sparfassenbeamten erschienen, der sich sehr pessimistisch über den Wert der seit einigen Jahren bei einer Anzahl von Sparfassen eingeführten Hausparbüchsen aussprach. U. a. war darin ausgeführt, daß die neue Einrichtung sich bei den für sie hauptsächlich in Betracht kommenden Bevölkerungsschichten keiner Beliebtheit erfreute; die Hausparbüchsen seien doch in erster Linie für kleinere Beträge bestimmt, und diese würden heute viel eher in das Kino usw. gebracht, auch würden die den Sparfassen gehörenden Sparbüchsen häufig nicht mit der nötigen Sorgfalt aufbewahrt und daher schnell unbrauchbar. Ferner sei vielen Sparern der Weg zwecks Vererbung der Hausparbüchse zu lästig. Für diejenigen Sparern aber, die grundsätzlich regelmäßig größere Beträge zurücklegen pflegen, sei die Einrichtung wegen des entstehen-

den Einsparverlustes nicht zu empfehlen. Ferner komme noch in Betracht, daß auch vom verwaltungstechnischen Standpunkt gewichtige Einwendungen zu machen seien.

Einer Sparfasse im Westen des Reichs erschienen diese Ausführungen in der Allgemeinheit nicht unbedingt zutreffend. Sie führt in der Zeitschrift „Die Sparfasse“ dazu aus, den Gründen, welche man gegen die Beibehaltung der bei größeren Stadt-Sparfassen eingeführten Hausparbüchsen angebe, könne nicht beigegeben werden. Bei ihrer Kasse seien die Hausparbüchsen seit Dezember 1907 zur Einführung gelangt. Der Hauptmoment des Sparens durch die Hausparbüchse sei der, daß zwischen dem Vorbehalt des Sparens und der wirklichen Ablieferung des Geldes bei der Sparfasse nicht mehr der weite Weg zur Kasse liegt, welcher mit den vielen Schaufensterauslagen, Restaurationen und sonstigen Verlosungen zur Geldausgabe reize; der Sparer könne den Vorbehalt des Sparens jederzeit innerhalb seiner vier Wände ausführen und das Geld sofort seiner Bestimmung zuführen. Auch wer wenig verdiene, könne sich auf diese Weise eine Kleinigkeit zurücklegen, und zwar auch solche Beträge, die die Sparfasse, ihren Bestimmungen gemäß, bei einzelner Einzahlung nicht annehmen würde. In allererster Linie habe man die Hausparbüchsen für die Jugend eingeführt, um bei ihnen auf die Erziehung zur Sparfassenzeit hinzuwirken. Was die verwaltungstechnischen Schwierigkeiten angehe, so werde bei jeder größeren Sparfasse die Entlohnung nur an besonderen Tagen und auch nur von besonderen Beamten bewirkt. Die Kontrolle über die Entlohnung werde dem Publikum selbst übertragen, welches aufgeführt werde, den zur Ausschüttung gelangenden Betrag mitzuzählen, so daß durch derartige Abfertigung eine Verlangsamung in der Abfertigung der anderen Sparer vollständig ausgeschlossen erscheine.

Gerade in der Zeit mit ihrer scharfen Konkurrenz auf allen wirtschaftlichen Gebieten, wo den Dienstboten, den gewerblichen Gelehrten, den Arbeitern usw. nur wenig Zeit zur Erledigung eigener Angelegenheiten übrig bleibt, erfüllt die Hausparbüchse erst recht ihren Zweck, indem sie es möglich macht, zu sparen, ohne jedesmal den oft weiten Weg zur Sparfasse zurücklegen zu müssen. Wenn durch die Einlage des Geldes in die Hausparbüchse einige Zinsen verloren gehen, so ist dies unbedeutend, da die meisten Sparfassen, die Hausparbüchsen eingeführt haben, auch die tägliche Verzinsung der Sparerleihen kennen. Das Geld wird also, nachdem es der Hausparbüchse entnommen ist, schon von dem folgenden Tage ab zugunsten seines Einlegers verzinst. Die zwei Wiesbadener Sparvereine haben zweifellos mit der Hausparfasse ganz gute Erfahrungen gemacht.

— **Akzissenpflicht der Beerenweine.** Die Zeit der Selbstbereitung von Beeren- usw. Weinen ist herangerückt. Infolge dessen mahnt das Akzissenamt an die pünktliche Anmeldung der selbstgefertigten Beerenweine. Wir wollen nicht unterlassen, auch an dieser Stelle auf die Bestimmungen der Akzissenordnung hinzuweisen, nach denen Wein- und Obstweinproduzenten des Stadtbezirks ihr eigenes Erzeugnis an Wein und Obstwein binnen 12 Stunden nach der Kellerung und Einkellerung schriftlich bei dem Akzissenamt, Neugasse 8, anzumelden haben. Das zu verwendende Formular zur Anmeldung wird in der Buchhalterei des Akzissenamts kostenlos verabfolgt. Nichtanmeldung, unvollständige oder verspätete Anmeldung ist durch die Akzissenordnung mit hoher Strafe — bis zu 300 M. neben Eingehung des Weines — bedroht.

— **Wiesbadens Wehrbeitrag.** Aus einer Umfrage, welche die Rheinisch-Westfälische Zeitung an 28 norddeutsche Großstädte richtete, zu denen sie auch Mainz und Wiesbaden zählte, ergibt sich, daß hier auf den Kopf der Bevölkerung der höchste Wehrbeitrag von allen befragten Städten fiel. Die Verteilung nach der Kopfzahl der Bevölkerung beträgt nämlich in Wiesbaden 101,10 M., während sie sich z. B. in dem ebenfalls nicht armen Charlottenburg immerhin „nur“ auf 92,20 M. beläuft. Da die Einwohnerzahl Wiesbadens nach der Volkszählung von 1910 das Fundament der Berechnung bildet, verschiebt sich das Resultat nach zugunsten unserer Stadt, wenn man den gegenwärtigen Stand der Bevölkerungsziffer der Berechnung zugrunde legt, und zwar beträgt dann der Kopfanteil am Wehrbeitrag Wiesbadens rund 104 M. Die 28 Städte bringen zusammen 238 640 312 M. Wehrbeitrag oder pro Kopf ihrer Einwohnerzahl 34,70 M. auf.

— **Rheindampfschiffahrt.** Der Tag „Peter und Paul“, Montag, den 29. Juni, wird bei der Niederländer Dampfschiffahrt als ein Feiertag angesehen. Sämtliche Schiffe fahren an diesem Tag die Sonntagsstour laut Fahrplan. Es ist vielleicht nicht allgemein bekannt, daß die bei der Niederländer Dampfschiffahrt gelösten Fahrcheine Mainz-Köln von unbefristeter Gültigkeitsdauer sind; die vor Jahren gelösten, aber noch nicht abgefahrenen Scheine können daher noch immer benutzt werden.

— **Israelitische Gottesdienste.** Israelitische Kultusgemeinde. Synagoge: Michaelsberg. Gottesdienst in der Synagoge: Freitag: abends 7.15 Uhr. Sabbat: morgens 8.45 Uhr, nachmittags 3 Uhr, abends 9.40 Uhr. Wochentage: morgens 8.45 Uhr, abends 7.15 Uhr. Die Gemeindegottesdienste sind geöffnet Dienstagsabends von 8 bis 9.30 Uhr und Donnerstags von 8 bis 4 Uhr.

— **Israelitische Kultusgemeinde.** Synagoge: Friedhofstraße 33. Freitag: abends 7.30 Uhr. Sabbat: morgens 7 Uhr, nachmittags 9.15 Uhr, Sonntag 10.30 Uhr. Jugendgottesdienst 3.15 Uhr, nachmittags 4 Uhr, abends 9.40 Uhr. Wochentage: morgens 8.45 Uhr, abends 7.30 Uhr.

— **Talmud Thora-Verein Wiesbaden.** Synagoge: Friedhofstraße 3. Sabbat-Eingang 7.45 Uhr, morgens 8.30 Uhr. Russisch 9.30 Uhr. Schur und Kinds 4 Uhr. Ausgang 9.40 Uhr. Wochentage: morgens 8.30 Uhr. Kinds und Schur 8.15 Uhr. Moariff 9.40 Uhr.

Vorberichte über Kunst, Vorträge und Verwandtes.

— **Kurtheater.** Samstag findet die Premiere des amüsanen Schwanen „Köter“ von Dorf und Engel statt; am Sonntag wird das lustige Stück wiederholt, und für Mitte nächster Woche ist ein Cabaret der bisherigen Salondame des Wiesbadener Residenz-Theaters, Stella Midler, geplant. Die beliebte Künstlerin wird in der Groteske „Gretchen“ die Titelrolle als Gast spielen.

— **Wiesbadener Künstler auswärts.** In Mainz sang im ersten Sommer-Sinfonieconcert Frau M. Thon-Jung, eine sehr sympathische Erscheinung, so schreibt das „Mainzer Journal“, mit ihrer weichen und angenehmen Mezzosopranstimme Nieder von Brahms, Liszt, Rich. Strauss und Wolf sowie die Arie der Dalila „Die Sonne, sie lachte“ von Saint-Saëns. Tiefes Empfinden und vorzügliche Schulung ermöglichten der Künstlerin, den zum Teil recht anspruchsvollen Kompositionen bei dem Auditorium zu tiefem Eindruck zu verhelfen. Von ganz besonderem Reize waren Lissts „Es muß ein Wunderbares sein“ und Wolfs stimmungsvolles „Verdorgene Zeit“, wie auch der feierliche Vortag von Saint-Saëns: „Die Sonne, sie lachte“, nicht erdenklichen Beifall auslöste.

Provinz Hessen-Nassau.

Regierungsbezirk Wiesbaden.

Neues Kurhaus und Kurtheater in Bad Ems.

F. C. Bad Ems, 24. Juni. In einer Bauzeit von circa 3 1/2 Jahren sind hier das neue Kurhaus sowie das neue Theater entstanden. Beide Bauten wurden, anlehnend an den Barockcharakter der älteren Bauten, nach den Plänen des Regierungsbaumeisters Vitzl errichtet und in aller Stille dem Betrieb übergeben. Das Kurhaus mit 2500 Quadratmeter bebauter Fläche befindet im Erdgeschoß des Mittelbaues die Thermenbäder und die Brunnen. Im oberen Flügelbau, der sich rechts an den mit einem Uhrtürmchen gekrönten Mittelbau nebst Kurhof anschließt, sind im ersten Stock die historischen Wohnräume Kaiser Wilhelms des Großen beinahe unverändert erhalten worden. Links an den Mittelbau reiht sich der „Lohnbau“. Im Vordergrund des Kurhofes steht ein kleiner Tempel, unter dem im vergangenen Winter die neue Kommissariatskassette gefertigt wurde. Die in den oberen Geschossen des Kurhauses befindlichen Zimmer und Säle sind als modernes Hotel eingerichtet. Das Kurtheater, das zu Anfang Juni eröffnet wurde, gliedert sich an den alten Kurhof an, bedeckt eine Baufläche von 1800 Quadratmeter, enthält 530 Sitzplätze und eine neuzeitliche Bühneneinrichtung. Hier sind auch Gesellschaftsräume, Leses-, Musik- und Spielzimmer untergebracht. Diese Vermehrung und Verbesserung der Kur- und Wohnanrichtungen hat die Königl. Regierung in Würdigung der Bedeutung des Bades mit einem Aufwand von vier Millionen Mark geschaffen.

r. Winkel, 24. Juni. Die Leiche des bei einer Übung in Gimbshelm ertrunkenen Artilleristen Rink von Stromberg wurde heute morgen durch Schiffer Weber am Hügel hier gelandet und ins Totenhaus übergeführt. Ein Wachtmeister des Regiments weiste heute zur Feststellung des Tatbestandes hier. Die Leiche wird in die Heimat übergeführt.

wb. Bad Soden, 25. Juni. Heute morgen trafen 62 Herren der 18. deutschen ärztlichen Studienreise unter dem Vorsitz des Professors Glag in Bad Soden zur eingehenden Besichtigung der Badeeinrichtungen ein. Die Herren sprachen sich lobend über die Neueinrichtungen in Soden aus. Nach einem Festmahl im Kurhaus verließen sie um 3 Uhr Soden und fuhren im Automobil nach Somburg weiter.

— **Uffingen, 24. Juni.** In einer Bürgerversammlung, in welcher Seminarlehrer Weider die vorhandene Wohnungsnot und ihre nachteiligen Folgen darlegte, wurde die Gründung eines gemeinnützigen Bauvereins für unsere Stadt beschlossen. 60 Teilnehmer der Versammlung traten sofort dem Verein bei.

S. Hachenburg, 24. Juni. Eine Geschmackslosigkeit (um keinen schärferen Ausdruck zu gebrauchen) leistet sich ein hiesiges Geschäft, indem es eine Postkartenserie mit dem Titel „Geburtenrückgang“ im Schaufenster ausstellt. Wir meinen, mit einer Sache von so ernster Art sollte man doch keine Geschäfte treiben.

S. Aus dem Oberwesterwaldkreis, 24. Juni. Der Kreisarzt Dr. Morgenstern von Marienberg ist mit 1. Oktober nach Weiburg versetzt. — Bei den Kreistagswahlen am 17. d. M. wurden an Stelle der verstorbenen Bürgermeister Rent (Hof) und Alhäuser (Heugert) der Landmann Albert Pfeiffer (Hof) und der Bürgermeister Schmidt (Mudendach) gewählt.

Nachbarstaaten u. Provinzen.

wb. Darmstadt, 25. Juni. Der „Darmstädter Bzg.“ zufolge empfing der Großherzog den Königl. italienischen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister Ricardo Volta und nach ihm den Königl. sächsischen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister v. Stieglitz zur Entgegennahme ihrer Beglaubigungsschreiben in besonderer Audienz.

Die Ereignisse in Albanien.

Eine Besserung?

wb. Durazzo, 25. Juni. Die Lage ist weniger beunruhigend. Die Aufständischen, mit denen neuerdings Verhandlungen angeknüpft sind, fordern drei Tage Bedenkzeit, um sich mit den Bewohnern der Aufständischen-Gebiete zu beraten.

Die Lage in Valona.

□ Wien, 25. Juni. (Sig. Drahtbericht) Die Lage in Valona wird in Telegrammen aus Durazzo als sehr schlimm bezeichnet. Die Regierung hat heute an Ismail Kemal ein Telegramm gerichtet, in dem sie ihm eine Stelle in dem neuen Kabinett anbietet. Der Sturz des jetzigen Ministeriums ist bereits sicher und dürfte schon heute erfolgen.

Brenk Bib Doda im Vormarsch?

++ Wien, 25. Juni. In hiesigen maßgebenden Kreisen sind aus Durazzo gestern nacht Depeschen eingetroffen, welche besagen, daß die Truppen Brenk Bib Doda unter dem Befehl eines Majors der albanischen Gendarmerie den Vormarsch auf der Straße von Tirana nach Schial angetreten haben. Brenk Bib Doda selbst sei bei der Nacht, die in der Gegend von Ismid ihre Stellung hat. Die Gefangennahme Brenk Bib Doda und die Meldung von der Niederlage seiner Truppen wird auf Grund dieser Meldungen für sehr unwahrscheinlich gehalten.

Die Verhandlungen mit den Aufständischen in Schial.

* Mailand, 25. Juni. Der „Secolo“ erhält aus Durazzo die Meldung, daß gestern morgen eine Deputation der Nationalisten, geleitet von dem Bischof Gacciari sich nach Schial begeben hat, um mit den Führern der Aufständischen zu unterhandeln. Die Unterredung dauerte bis zum Abend, doch haben sich die Aufständischen nicht zum Frieden überreden lassen. Die Aufständischen haben nur einen 24stündigen Waffenstillstand zugesagt.

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

„Tagblatt-Ges.“

Erstausgabe gedruckt von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Wöchentlich

12 Ausgaben.



Gericht:

„Tagblatt-Ges.“ Nr. 6650-53.

Von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, außer Sonntagen.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: 70 Pfg. monatlich, 2. — Vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Frangob. 2. — Vierteljährlich durch alle deutschen Postanstalten, einschließlich Postgebühren. — Bezugs-Beziehungen nehmen außerdem entgegen: in Wiesbaden die „Wiesbadener Zeitung“, sowie die Ausgabestellen in allen Teilen der Stadt; in Rheinhessen die dortigen Ausgabestellen und in den benachbarten Landorten und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Träger.

Anzeigen-Preis für die Zeile: 15 Pfg. für lokale Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Kleiner Anzeiger“ in einheitlicher Spalte; 20 Pfg. in beiden abweichender Spaltenführung, sowie für alle übrigen lokalen Anzeigen: 30 Pfg. für alle auswärtigen Anzeigen: 1 Pfg. für lokale Anzeigen: 2 Pfg. für auswärtige Anzeigen: 3 Pfg. für alle übrigen Anzeigen. — Ganze, halbe, dritte und vierte Zeilen, durchgehend, nach besonderer Vereinbarung. — Bei wiederholter Aufnahme unveränderter Anzeigen in kurzen Zwischenräumen entsprechender Rabatt.

Anzeigen-Akademie: Für die Abend-Ausg. 100 12 Uhr mittags; für die Morgen-Ausg. bis 3 Uhr nachmittags. Berliner Redaktion des Wiesbadener Tagblatts: Berlin-Wilmersdorf, Gieselerstr. 66, Fernspr.: Amt Hbland 450 u. 451. Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgerichtetem Lager und Plätzen wird keine Gebühr erhoben.

Freitag, 26. Juni 1914.

Abend-Ausgabe.

Nr. 292. • 62. Jahrgang.

Zum Tode des Herzogs von Meiningen.

Der Nachruf der „Norddeutschen Allgemeinen“.

Berlin, 25. Juni. In dem Nachruf der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ zum Tode des Herzogs Georg heißt es: „Mit warmer Teilnahme wird diese Kunde allenthalben in Deutschland und namentlich in Preußen, dessen Herrscherhaus mit der Herzoglich Meiningischen Familie in nahen verwandtschaftlichen Beziehungen steht, vernommen werden. Gehörte doch Herzog Georg zu den vollständigsten Fürstengestalten Deutschlands. Ihm war es vergönnt, an den Ereignissen tätig mitzuwirken, die zur Einigung des deutschen Volkes führten. Der deutsch-französische Krieg rief ihn aus der Heimat zu den Kämpfen, in denen es um Deutschlands Schicksal ging. Nach Errichtung des Reiches hat sich Herzog Georg jederzeit als reichstreuer Herrscher bewährt, dem die Entfaltung der nationalen Kräfte zu bewährter Entwicklung am Herzen lag. Dem Meiningen Lande galt seine unablässige förderliche Fürsorge, die sichtbare Erfolge gezeigt hat. In den Zeiten des Friedens legte der Herzog einen letzten Sinn für die Kunst an den Tag, die unter seiner Führung in Meiningen eine weithin berühmte Pflegestätte besaß. So umfaßte das Wirken des heimgegangenen Herrschers ein weites Gebiet und sichert der langen Regierung Herzog Georgs II. ein bleibendes Andenken weit über die Grenzen des Herzogtums Meiningen hinaus.“

Der „Reichsanzeiger“.

wb. Berlin, 25. Juni. Der „Reichsanzeiger“ schreibt zu dem Ableben des Herzogs Georg II. von Sachsen-Meiningen: Nach dem Hinscheiden des greisen Prinzregenten Paul von Bayern war Herzog Georg II. der Älteste unter den deutschen Bundesfürsten. Bis nahe an die Schwelle des 90. Lebensjahres weilt die ehrwürdige Gestalt des Heimgegangenen unter seinen Zeitgenossen. Wie in Thüringen wurde im ganzen Reich diesem treudeutschen Fürsten mit Gefinnungen der Liebe, der Verehrung und Dankbarkeit begegnet. Seit den Jahren der nationalen Einigung, als der Beweißte an dem deutsch-französischen Kriege teilnahm, stand er fest zu Kaiser und Reich. Seinen Meiningern, die ihren Herzog Jörg nicht vergessen werden, war er ein gütiger, den Großen wie den Kleinen ein fürsorglicher Landesvater. Unzertrennlich bleibt sein Andenken mit den hohen, in erster Arbeit erworbenen Verdiensten um die deutsche Schauspielkunst verbunden, die den Meiningischen Namen in der ganzen Welt zu Ehren gebracht haben. An der Bahre des dahingegangenen Herzogs trauert mit dem ihm verchwägerten Kaiserhaus und den

thüringischen Gauen das deutsche Vaterland, dessen Ansehen zu mehren auch ihm vergönnt gewesen ist.

Die spätere Thronfolge.

Da der jetzige Herzog Bernhard keine Söhne hat, müßte die spätere Thronfolge auf seinen Stiefbruder den Prinzen Ernst übergehen, den Sohn des Herzogs Georg aus dessen zweiter Ehe mit der Prinzessin Theodora zu Hohenlohe-Langenburg. Auch dieser ist aber, wie sein Vater in dritter Ehe, morganatisch verheiratet, und zwar mit der Freiin von Saalfeld, geb. Katharina Jensen, so daß seine Kinder nicht thronfolgeberechtigt sind. Nach ihm ist thronfolgeberechtigt sein jüngerer Bruder Prinz Friedrich, geboren 1861, der seit 1889 mit der Prinzessin Adelheid zur Lippe verheiratet ist. Dieser Ehe sind drei Söhne entsprossen, Prinz Georg, der spätere Erbprinz (geb. 1892), Prinz Ernst (geb. 1895) und Prinz Bernhard (geb. 1901), außerdem zwei Töchter, Prinzessin Theodora, die seit 1910 mit dem Großherzog von Sachsen-Weimar vermählt ist, und Prinzessin Luise Marie.

Die Kieler Woche.

Veranstaltungen zu Ehren der englischen Offiziere.

Ein großes Sportfest.

wb. Kiel, 25. Juni. Zu Ehren der Mannschaften des in Kiel weilenden englischen Geschwaders veranstaltete die Stadt Kiel heute nachmittag auf dem Sport- und Spielplatz ein Sportfest, an welchem zu gleichen Teilen englische und deutsche Marinemannschaften und eine Anzahl bürgerlicher Sportvereine um die Siegespalme rangen. Zu Beginn des Festes hielt Oberbürgermeister der Stadt Kiel Dr. Lindemann an die inmitten der vielhundertköpfigen Menschenmenge aufgestellten Matrosen und Marinesoldaten folgende Ansprache: „Den Mannschaften des englischen Geschwaders, das zu unserer aller Freude in dem deutschen Kriegsschiffen zum Besuch weilt, namens dieser Stadt und ihrer Bürgererschaft einen herzlichen Willkommen zu entbieten, ist mir eine Ehre und eine hohe Freude. Wir möchten ihnen zeigen, daß wie unsere Flotte sich glücklich schätzt, mit den Kameraden der englischen Marine engere Beziehungen anzuknüpfen, so auch die Bürgererschaft ihre lebhafteste Freude darüber empfindet, die Söhne des verwandten großen englischen Volkes auf deutschem Boden begrüßen zu können. Wir möchten in den wenigen Stunden, die wir gemeinsam mit Ihnen hier verleben dürfen und in denen Sie in fröhlichem und friedlichem Wettkampf mit den Mannschaften der deutschen Marine und unseren bürgerlichen Sportvereinen die Kräfte messen werden, Ihnen zeigen, daß unsere Freude von

Serzen kommt und daß wir Ihnen eine Freude bereiten wollen. Möchten diese Stunden dazu beitragen, gleiche Empfindungen in Ihnen auszulösen, damit Sie, in die Heimat zurückgekehrt, nicht bloß an die herzliche Kameradschaft der deutschen Marine, sondern auch an diese Stadt und ihre Bürgerschaft freundliche Erinnerungen bewahren. Dann wird auch dieser Tag ein neues Band zwischen den Söhnen Albions und Germaniens knüpfen, das die glückliche Zukunft immer fester gestalten möge, und wenn dies geschieht, werden wir alle mit dankbarer Freude immer gern zurückdenken an die Stunden, in denen jetzt auf deutschem Boden und Gottes freier, herrlicher Natur die Söhne beider Völker sich vereinigen in einem Guldianungsgruß an ihre Herrscher, indem sie miteinander rufen, Seine Majestät der deutsche Kaiser und König von Preußen und Seine Majestät der König von Großbritannien und Irland hurra, hurra, hurra!“

Als die brausenden Hurrarufe verklingen waren, ordneten sich die Mannschaften zu den Wettkämpfen, die alle Arten sportlicher Vorführungen umfaßten und von den Zuschauern mit regster Anteilnahme verfolgt wurden. Nach dem Schluß der Wettkämpfe erfolgte in Anwesenheit der Prinzessin Heinrich von Preußen auf der großen Tribüne die Verteilung der aus zahlreichen wertvollen Erinnerungsgegenständen bestehenden Siegespreise.

Ein Festmahl des Kaisers auf der „Hohenzollern“.

wb. Kiel, 25. Juni. Der Kaiser gab auf der „Hohenzollern“ eine Abendtafel zu Ehren der Offiziere des englischen Geschwaders. Bei Tisch hatte der Kaiser zu seiner Rechten den großbritannischen Vizeadmiral Sir John Jellicoe, Großadmiral v. Tirpitz, den großbritannischen Kapitän Commodore William Goodenough, Admiral Bohl, den großbritannischen Marineattaché Kapitän zur See Wilfred Henderson, den Gesandten Graf v. Wedel, den großbritannischen Commander Sir A. Stopford u. a. Zu seiner Linken hatte der Kaiser den großbritannischen Vizeadmiral Sir George Warren, Generaloberst v. Plöffen, den großbritannischen Kapitän zur See Michael Culme Seymour, den Admiral Ingenohl, den großbritannischen Kapitän zur See Arthur Duff, den Vizeadmiral Scheer, den großbritannischen Leutnant Commander Bernard Burton, den Kapitän zur See und Korvettenkapitän Müller, Marineattaché in London u. a. Gegenüber dem Kaiser saß Prinz Heinrich von Preußen, rechts vom Prinzen folgten zunächst der großbritannische Kapitän zur See Cecil Dampier, Admiral v. Müller, der großbritannische Kapitän zur See Charles Müller, Oberhofmarschall Freiherr v. Reichenbach, der großbritannische Commander Edm. Ruyton und der Gesandte v. Eicken; links der großbritannische Kapitän zur See Sir Arthur Hensley, Admiral Coerver, der großbritannische Kapitän zur See George Baird, Vize-

Der Theaterherzog.

Persönliche Erinnerungen von Karl Grube (Wien).

Nun ist der Restor der deutschen Bundesfürsten, Herzog Georg von Meiningen, auch in jenes dunkle Schattenreich hinabgestiegen, aus dessen Bezirk kein Wanderer wiederkehrt. Die heutige Zeit hat den genialen Reformator schon halb vergessen, wir älteren Semester, die wir die Siege der „Meiningen“ mitfechten durften, wollen noch einmal dankbar an den „Theaterherzog“ erinnern.

Ritterwürger soll, als er die ragende Günstgestalt des Herzogs Georg mit dem wallenden Bodensbart zuerst erblickte, ganz verblüfft ausgerufen haben: „Bamose Nase! Sieht aus wie der liebe Gott!“

Unzählige Bühnenanknoten gibt es von dem alten „Theaterherzog“, aber wir wollen heute seiner genialen Reformtätigkeit als Regisseur gedenken. Ein Lieblingswort des Herzogs Georg, das er oft in Ansprachen an junge Schauspieler, 3 B. auch an den Schreiber dieser Zeilen gebraucht hat, war das Festungsgebot: „Welch eine schwere und ernste Kunst ist die Schauspielkunst, welche einen hochgebildeten Geist erfordert, sie, welche ein tiefes Studium.“ Und dann fügte der alte Herr in seiner eigentümlichen inreduzenden Sprechweise hinzu: „Also, junger Mann, beherzigen Sie das, richten Sie sich darnach; studieren, lernen, arbeiten! Ohne Fleiß kein Preis!“

Wir wollen jedoch heute von dem genialen Fürsten, der ein so warmes Herz für unsere deutsche Bühnenkunst gezeigt, nicht Einzelheiten erzählen. Wir können nur innigst wünschen, daß alle Fürsten in deutschen Landen so wahrhaft kunstbegeistert, so tief verständnis, so ernst und innig der Kunst gegenüberstehen würden, wie es Herzog Georg sein Leben lang hindurch eifrig getan hat!

Der Ruhmestempel macht sich keinen Begriff von dem persönlichen Anteil, den Herzog Georg an der Leitung seiner Hofbühne genommen hat. Wenn man erwägt, daß Herzog Georg jedes Kostüm selbst entworfen hat — zur Wallenstein-Trilogie allein benötigte man über 300 Kostüme —, daß jede Dekoration, jeder Stuhl, Teppich, jede Tischdecke und sonstige

Requisiten genau im Stile der Zeit nach seinen Angaben entworfen und angefertigt wurden, daß die Meiningen mehr denn 30 große Tragödien mit peinlichstem Fleiß und nieermüdender Sorgfalt einstudiert haben, daß Herzog Georg, wie er selbst einmal scherzend sagte, die „zehntausendste Theaterprobe hinter sich hatte“, dann begreift man erst, welche tiefe Anteilnahme, welche eine Arbeitsfreudigkeit diesen seltenen Fürsten bejeelt haben muß.

Mein denn 16 Jahre — vom 1. Mai bis Juli 1890 — haben die Gastspielfahrten der Meiningen gedauert. In 38 Städten des In- und Auslandes waren die Meiningen Verkünder einer neuen, ersten, vor allen Dingen stets dem Idealismus zugewandten Kunst. Das Zusammenwirken der abgelebten Rassenwirkung, das materielle Gesamtbild der realistischen Volksszenen — Herzog Georg von Meiningen hat sie der Bühne zuerst geschenkt, und alle heutigen Spielleiter, die in Beleuchtungseffekten und Requisiten schwelgen, stehen auf den Schultern des Meiningen „Theaterherzogs“.

Die Meiningen haben in Österreich, Rußland, Holland, Belgien, der Schweiz, in England und Skandinavien in deutscher Sprache besonders Schiller, Grillparzer, Kleist, Goethe, Lessing, Shakespeare und Molière dargestellt. Sie waren wahrhafte Pioniere der klassischen Bühnenkunst. Dem deutschen Vaterlande zeigten sie, welche Schätze in den alten Klassikern ruhten, dem Ausland bewiesen sie, daß im jungen Reich nicht nur die Schwermut, sondern auch das Dichtertum siegreich gepflegt wurde; das sei ihnen stets gedankt.

Bei den Meiningern gab es keine Gatt des Tages, die eine schnelle Einstudierung erzwingen wollte; was nicht völlig bühnengreif war, kam nicht vor das Rampenlicht. Glückliche Meiningen und glückliches Publikum!

Keinmal wurde das Wort gepflegt. Die Freiin v. Helldorf, unter ihrem Mädchennamen Ellen Franz einst selbst eine gefeierte Künstlerin, später die morganatische Gemahlin des Herzogs, studierte mit den jungen Kunstbesessenen, Männlein wie Weiblein, auf das gründlichste jeden „Bart“. Welch ein Herzschloß hatte ich, als ich zum erstenmal auf das Schloß bestellt wurde, um den „Auberg“ in „Wilhelm Tell“ bei der „Frau Baronin“ zu studieren! Dreimal bin ich an dem für mich so denkwürdigen Oktoberabend um die mächtige

Elisabethburg gerannt und habe mir den Audienz vordellamiert, ehe ich den Gang zur Treppe wagte. Wo hat sonst im Theaterbetrieb eine gleiche eingehende Belehrung aller Darsteller stattgefunden, wo ist überhaupt die Zeit dazu da!

Am 1. Mai 1874 eröffneten die Meiningen — die nach dem „Klabberadatsch“ deshalb diesen Namen führten, weil sie stets „im Mai“ nach Berlin kamen — ihr erstes Gastspiel mit „Julius Caesar“. So begann der sechzehnjährige Siegeslauf dieser unergreiflich eingespielten, reisenden Gesellschaft. Als Motto der Meiningen Regiekommission kann man das Wort des noch viel zu wenig gewürdigten großen Ludwig Schröder setzen, dieses wahren Mentors deutscher Schauspielkunst: „Es kommt mir nicht darauf an, hervorzustechen, sondern auszufüllen und zu sein.“

Und sie hat ihren Platz ehrenvoll für alle Zeiten ausgefüllt. Diese in so glänzender Eigenart wohl nie wiederkehrende „Wandertruppe“ im idealen Sinne des leicht mizuverstehenden Wortes. Gerade durch ihre Wanderschaften haben die Meiningen in allen Städten reformatorisch gewirkt, und nicht zuletzt in der deutschen Reichshauptstadt. Der gesamten Theaterwelt haben sie anregende Gedanken gegeben, die ohne diese Wandertätigkeit im weltfernen Berratal wirtungslos verpufft wären.

Den größten Erfolg von allen Gastvorstellungen der Meiningen hatte „Julius Caesar“, der 30mal in 38 Städten über die Bretter ging. Mein Tagebuch berichtet mir getreulich, daß ich selbst 127mal „Heil Caesar, Caesar Heil!“ gerufen habe, die etwa 100 Proben, die ich im Laufe von acht Jahren mitmachen durfte, nicht mitgerechnet. Elogisch dichtete ich damals den Vergewissungsang der spielwütenden „Vollwimmer“:

Es gibt kein schöner Leben,
Als Stattenleben,
Wie es Kronen (*) und der Herzog schuf.
Stets „Heil Caesar“ rufen,
Plakatisch heb'n auf Stufen,
Ist ein hoher, herrlicher Beruf!

Nach „Julius Caesar“ waren es die „Räuber“ und „Wilhelm Tell“, die den größten Erfolg hatten und am häufigsten

*) Der Leiter aller Gastspielfahrten.

admiral Koch, der großbritannische Fleet-Baymaster Graham Sewlett, Konteradmiral Junke und Virkl. Geh. Rat Valentini. Wegen der Trauer für den Herzog von Sachsen-Meiningen spielte die Kapelle der „Hohenzollern“ nicht. — Der Fürst von Monaco ist auf der Dampfschiff „Girondelle“ in Kiel eingetroffen.

Stadtverordnetenvorsteher Ahmann gab nachmittags zu Ehren der Offiziere des englischen Gefechtschwaders ein Gartenfest, an dem ebenfalls die englischen Gäste und die Herren und Damen der Kieler Gesellschaft teilnahmen. Das Fest verlief angeregt und schön.

Die Ereignisse in Albanien.

Verlängerung des Waffenstillstandes.

A. H. Durazzo, 25. Juni. Die Lage ist weniger beunruhigend. Die Aufständischen, mit denen Verhandlungen angeknüpft worden sind, forderten drei Tage Bedenkzeit, um sich mit den Bewohnern der aufständischen Gebiete zu beraten.

Die Abdankung des Fürsten Wilhelm unvermeidlich?

Rom, 26. Juni. (Sig. Drahtbericht) Die Lage des Fürsten von Albanien gilt als unrettbar. Die albanischen Aufständischen haben dem katholischen Bischof gegenüber die Abdankung des Fürsten für unerlässlich erklärt, wenn man mit ihnen verhandeln wolle. Sie erklärten: „Wir sind es unseren geknechteten Brüdern schuldig und vermögen uns nicht mit demjenigen auszuföhnen, der so viel Blutvergießen verschuldet und uns einen Waffenstillstand zum Vergeben der Gefallenen verweigert hat. Er behandelt uns wie schweifende Hunde, nicht wie Untertanen, die mit ihrem Oberhaupt verkehren wollen. Er hat nicht unser Vater sein wollen, kann also auch nicht unser Fürst sein. Wir haben seine Entfernung verlangt, als seine Soldaten uns vernichten wollten, jetzt sind wir Sieger und bleiben bei unserer Forderung.“

Vorbereitungen zum Angriff auf Valona.

Durazzo, 26. Juni. Valona ist äußerst bedroht. In einer gestern abend eingetroffenen Depesche wird gemeldet, daß die Rebellen den Vojussfluß bereits überschritten haben und daß sie sich nunmehr zum allgemeinen Sturmangriff vorbereiten. Die Regierung schickte eilig Munition und Kriegsvorräte nach Valona in der Hoffnung, daß sich die Stadt trotz dem wird halten können.

Landung einer deutschen Schnellfeuerkanone.

wb. Durazzo, 26. Juni. Der deutsche Gesandte läßt auf alle Fälle in Erwartung eines größeren Angriffs ein Schnellfeuergeschütz von der „Breslau“ landen. (Frankf. Bzg.)

Die Lage auch in Südalbanien verzweifelt.

Wien, 26. Juni. Nach den neuesten Meldungen aus Südalbanien sieht die Sache des Fürsten dort überall sehr schlecht. 300 Gendarmen, die auf dem Wege nach Elbasan begriffen waren, sind spurlos verschwunden. — Der hiesige albanische Gesandte Lurea äußerte sich: „Ich habe alle Hoffnung aufgegeben, die Lage meines Vaterlandes ist verzweifelt.“ — Ein Komitee erläßt einen Aufruf, in dem Österreich und Deutsche aufgefordert werden, als Freiwillige nach Albanien zu gehen, um den Fürsten zu unterstützen.

Effad-Pascha führt den Aufstand.

A. K. Durazzo, 26. Juni. Es wurde festgestellt, daß Effad-Pascha die Organisation des Aufstandes energisch unterstützt habe. Zwei seiner Leute, Omer und Veli-Bei, hätten 800 Agenten unter der Landbevölkerung angeworben. Unter den Führern des Aufstandes sei auch Osman Ball, der Chef der Leibwache Effads, dem man die Ermordung des Kommandanten von Skutari, Hassan Riza, zuschreibe.

Heranbildung albanischer Truppen durch die internationalen Detachements in Skutari?

wb. Wien, 26. Juni. Das „Neue Wiener Tagblatt“ will von unterrichteter Seite erfahren haben, es sei die Idee angeregt worden, zur Ermöglichung der Heranbildung albanischer Truppen für den Fürsten die internationalen Detachements in Skutari zu beauftragen und eventuell albanische Soldaten in Skutari auszubilden. Die Verhandlungen darüber seien noch im Gange. Für den Fall einer Verwirklichung der Idee sei zu hoffen, daß die von den einzelnen Detachements gestell-

dargestellt wurden. „Die Räuber“ wurden zum erstenmal im Kostüm der Revolutionszeit dargestellt, unter deren Sturmzeichen Schiller sein Jugenddrama geschrieben. Dann war es „Maria Stuart“ und die „Braut von Messina“, die ebenso wie die „Jungfrau von Orléans“ den fürstlichen Regisseur in allen deutschen Landen bekannt machten. Von Meißt wirkte namentlich die „Hermannschlacht“ in prächtig dekorativer und kostümlicher Wiedergabe und stimmungsvoller Anordnung der Volksszenen. Auch Schillers „Fiesko“ war in Stimmung, Zeitlorenz und faszinierender Lebenswirklichkeit der Volksszenen eine große Tat der Weininger Regie. Die Phantasie des Herzogs hat sich nie fadenlos bewährt als in diesem gemessenen Trauerspiel unseres Schiller. Verwundeter Weise hatten die „Kronprozenten“ von Jbsen keinen Erfolg in Berlin 1876. Die Zeit war damals für Jbsen noch nicht reif. Auch Otto Ludwig „Erbförster“ ging es damals nicht besser. Das Meißner Lustspiel „Der eingebildete Kranke“ war eine Berlin köstlichen Zusammenstoß, ebenso wie Shakespeares „Was ihr wollt“. Das Augenmerk des Herzogs hat sich stets auf das Ganze gerichtet. Jeder Mitwirkende hatte sich dem Ganzen unterzuordnen, das war sein künstlerischer Grundfah, den auch heute noch alle Bühnen beherzigen sollten! Man gab auf Meißn auch noch „Marino Faliero“ von Byron in einer Verdeutschung von Arthur Hilger, auch den „Prinzen von Domburg“ von Meißt, den König ganz herrlich damals gespielt haben soll. Auch Barnab und Anna Haberland waren bekanntlich hierher der herzoglichen Hofbühne.

„Geh hin und lehret alle Regisseure!“ Mit diesen Worten schickte und damals der Herzog Georg nach Brüssel, wo der erste entscheidende Sieg deutscher Schauspielkunst in Belgien errungen wurde. In reichlicher unermüdlicher Arbeit hat der Herzog Georg wirklich alle Spieltheater der damaligen Zeit besucht. Der Same ist glänzend, über alles Erwarten aufgegangen. Zu immer größerer Vollendung strebt heute die feine Kunst der Bühnenvorgabe in allen deutschen Landen, und ehelich, einer großen Zukunft der deutschen Schauspielkunst vertrauensvoll, gebrauchen wir wieder ein Lieblingswort, das der Herzog Georg sprach, wenn um eine Vorstellung in

ten Instruktionsoffiziere in der Lage wären, den Kern für die albanische Armee auszubilden, wodurch dem Fürsten eine wirkliche Stütze geboten würde.

Sir Edward Grey über die albanische Frage.

* London, 25. Juni. Im Parlament erklärte heute der Staatssekretär des Auswärtigen Sir Edward Grey, daß die englische Regierung keine Verantwortung dafür übernehmen, die Ordnung in Albanien aufrecht zu erhalten. Sie würde in keinem Fall Konflikt in das Gebiet, in dem die Wirren noch herrschen, entsenden.

Der griechisch-türkische Konflikt.

Die griechische Antwortnote an die Türkei.

Athen, 25. Juni. Offiziösen Zeitungen zufolge wird die griechische Antwort auf die türkische Note wahrscheinlich morgen an den griechischen Gesandten in Konstantinopel, Pana, geschickt. Sie ist in freundschaftlichem Tone gehalten, wie die türkische Note. In der Antwort wird die Befriedigung der griechischen Regierung über die von der ottomanischen Regierung nach den jüngsten Verfolgungen ergriffenen Maßnahmen ausgedrückt, doch besteht die Note darauf, daß die Informationen, welche die türkische Regierung über die Lage der Muselmanen in Mazedonien erhalten habe, unrichtig seien. Die griechische Regierung suchte mit allen Mitteln die Auswanderung der Muselmanen zu verhindern oder wenigstens einzuschränken, ohne dabei an Gewaltmaßnahmen zu denken. Die Regierung erklärt, mit dem Austausch zwischen den Flüchtlingen einverstanden zu sein unter der Bedingung, daß den Auswanderern die freie Wahl gelassen wird. Die Note drückt schließlich die Hoffnung aus, daß die kaiserliche Regierung ihre Versprechungen halten wird, so daß nichts in Zukunft die Beziehungen zwischen den beiden Ländern trüben kann.

Die griechischen Schulen und Kirchen.

Konstantinopel, 25. Juni. Die Pforte hat heute abend an das östliche Patriarchat ein Schreiben gerichtet, in welchem sie mit Rücksicht darauf, daß die Ordnung wieder hergestellt sei, dem Patriarchat empfiehlt, die griechischen Kirchen und Schulen wieder zu öffnen.

Ein Danktelegramm des griechischen Ministerrats an Wilson.

Athen, 25. Juni. Der Ministerrat hat gestern an den Präsidenten Wilson ein Danktelegramm für seine Intervention in der Angelegenheit des Kaufes zweier amerikanischen Panzer gesandt.

Die Wirren in Mexiko.

Die Schlacht bei Zacatecas.

New York, 25. Juni. Die Schlacht bei Zacatecas, welche mit der Einnahme der Stadt durch die Rebellen endigte, war die blutigste Schlacht der Revolutionskämpfe. Sie dauerte vier Tage. Es wird hierzu gemeldet, die Bundesstruppen hätten vor ihrem Abzuge viele Gebäude durch Dynamit zerstört. General Villa gibt die Verluste der Bundesstruppen auf 4000 Tote und 2000 Verwundete an, die eigenen Verluste auf 500 Tote und 800 Verwundete. Außerdem will er 5000 Gefangene gemacht haben.

Auch San Luis de Potosi gefallen.

New York, 25. Juni. General Torres meldet, daß die Stadt San Luis de Potosi ebenfalls bereits in die Hände der Rebellen gefallen sei. Die Truppen Huertas seien auf Aguas Salientes abmarschiert.

Zum Ergebnis der Friedenskonferenz.

New York, 25. Juni. Die „World“ veröffentlicht ein Interview mit dem Vertreter Carranzas auf der Friedenskonferenz in Niagara Falls, Calverton, der sich in scharfer Weise gegen den Inhalt der von den Friedensdelegierten beschlossenen Protokolle wendet. Er erklärte, die Aufständischen würden sich auf keinen Fall um die ihnen aus der jetzt siegreichen Revolution erwachenden Vorteile bringen lassen. — Die von der Friedenskonferenz gefassten Protokolle, die u. a. die Lösung der inneren Schwierigkeiten Mexikos dem Lande selber überläßt, werden von der hiesigen Presse mit großer Zurückhaltung besprochen. Die Frage der Zurückziehung der amerikanischen Truppen aus Veracruz bleibt einer späteren Erledigung vorbehalten. Wie die

Stimmung und Farbe recht gelungen seien: „Ich möchte heute mit Ulrich von Hutten rufen: Es ist eine Lust, zu leben!“

Nun ist der alte liebe Theaterherzog zu seinen Vätern versammelt; und wir wollen dankbar dieses kleine Reis der Erinnerung auf den Grabhügel des idealen, alten, prächtigen, deutschen Fürsten legen!

Aus Kunst und Leben.

Theater und Literatur. Wie man weiß, hatte der Direktor der Betriebsstelle des Verbandes deutscher Bühnenschriftsteller, Dr. Arthur Dinter, behauptet, sein Protest gegen die „Mirakel“-Aufführungen im Zirkus Busch in Berlin sei aus der Empörung entsprungen, die ihm die „Profanation“ von Einrichtungen der katholischen Kirche in dem Legendenpiel verursacht habe. Nun tritt der Autor des Werkes, Dr. Karl Vollmöller, selbst auf den Plan. Er erhebt den Anspruch, so berichtet die „Meln. Westf. Bzg.“, als ebenso guter und gläubiger Katholik zu gelten wie Dr. Dinter, dessen Äußerungen in selbstem Widerspruch stünden zu der von zahlreichen hohen kirchlichen Würdenträgern und Geistlichen bekannten Auffassung von der reinen und tiefen Wirkung des Legendenpiels. Und er will feststellen, ob Dr. Dinter Veranlassung hatte, päpstlicher zu sein als der Papst. In diesem Zweck soll die Entscheidung Pius' X. darüber angerufen werden, ob im „Mirakel“ irgend etwas enthalten sei, was mit Bezug auf die katholische Kirche Anstoß erregen könnte. Es wird ein eigens für den Vatikan bestimmter Film angefertigt, der die Berliner Aufführung naturgetreu reproduziert und vor dem Papst und den höchsten kirchlichen Würdenträgern zur Vorführung gelangen soll. Vollmöller zweifelt nicht an einer für ihn günstigen Entscheidung.

Die Generaldirektion der königlichen Hoftheater zu Dresden veranstaltet zum erstenmal in diesem Jahre während der Monate August und September in beiden Theatern Herbstfestspiele.

Wibende Kunst und Musik. Der Verwaltungsausschuß der Mozartstiftung des „Frankfurter Rieder-

blätter melden, bestand Carranza auf der sofortigen Räumung Veracruz durch die Amerikaner, da die Anwesenheit der Unionstruppen einen gewissen Einfluß auf die von der provisorischen Regierung auszuübenden Wahlen haben könnte. Die Stellung der Washingtoner Regierung gegenüber diesen Verlangen ist noch nicht bekannt, jedoch glaubt man, daß Wilson in die sofortige Räumung Veracruz faum einwilligen dürfte.

Amerika verzichtet auf den Flaggen-Salut.

Niagara, 25. Juni. Sämtliche Delegierten der mexikanischen Konferenz unterzeichneten das Protokoll, wonach, wie wir in der heutigen Morgen-Ausgabe meldeien, unter Zustimmung der Vereinigten Staaten die mexikanischen Parteien einen provisorischen Präsidenten wählen können; die Regierung in Washington leistet auf einen Salut der Flagge Verzicht.

Die englisch-amerikanischen Bergwerksinteressen.

Washington, 26. Juni. Zwischen England und den Vereinigten Staaten ist zum Schutze der Bergwerksbesitzer in Mexiko ein ähnliches Abkommen abgeschlossen worden wie das kürzlich zum Schutze der Interessen in Mexiko geschlossene.

Deutsches Reich.

* Hof- und Personal-Nachrichten. Graf Mirbach-Sorquitten, einer der ersten Führer der agrar-konservativen Bewegung, vollendet morgen sein 75. Lebensjahr.

Der Präsident des Abgeordnetenhauses Graf von Schwerin-Pölich ist sofort hergestellt, daß er bereits das Bett verlassen konnte und sich voraussichtlich auf sein Gut in Pommern begeben dürfte.

* Ein Besuch des Kaisers auf der Bugra. Am 4. oder 5. Juli wird in Leipzig einem Besuche entgegengesehen, den der Kaiser der Buchgewerbe-Ausstellung abzuhalten gedenkt.

* Der russische Botschafter in der königlichen Charité in Berlin. Gestern nachmittag stattete der russische Botschafter der königlichen Charité einen zweistündigen Besuch ab. Offensichtlich erregte die musterhafte Einrichtung und ihr großer Reichtum die Bewunderung des Gastes. Erzengel-Schwabe besuchte auch die in dem Krankenhaus befindlichen russischen Kranken.

* Die Bestattung Verta v. Suttner. Im Krematorium zu Goltz fand gestern nachmittag die Bestattung Verta v. Suttner statt. Am Fuße des Sarges lag ein großer Lorbeerkranz mit der Aufschrift: „Unser geliebten großen Führerin.“ Die deutsche und die österreichische Friedensgesellschaft hatte Vertreter entsandt. Die Urne mit der Asche wird auf dem Friedhofe an bevorzugter Stelle ihren Platz finden.

* Neubau eines Oberbürgermeisterhauses und einer Stadtbibliothek in Berlin. Die gestrige Stadtverordnetenversammlung stimmte dem Antrage auf Errichtung eines Oberbürgermeisterhauses und einer Stadtbibliothek auf dem Inselgelande zu.

* Ein Freund des Papstes gegen die deutsche Zentrumspartei. Der römische Mitarbeiter der „Täglichen Rundschau“ meldet: Der Bischof von Como, Archi, ein besonderer Freund des Papstes, der wiederholt von Pius X. zum Sprecher des Vatikan gemacht wurde, um das große Publikum bei den verschiedenen Anlässen mit der Auffassung der Kurie bekannt zu machen, greift in einem öffentlichen Schreiben die Rundgebung des Reichsaussschusses der deutschen Zentrumspartei an. Es heißt u. a., daß diese Rundgebung wegen ihres Konfessionalismus eine Verletzung jedweder wahren katholischen Pflicht und eine bewußte Verletzung der päpstlichen Vorschriften sei.

* Zum Düsseldorf-Spionagefall. Zu der Landesverratsaffäre in Düsseldorf wird noch gemeldet: Die drei Verhafteten sind Mitarbeiter der „Täglichen Rundschau“: Der Bischof von Como, Archi, ein besonderer Freund des Papstes, der wiederholt von Pius X. zum Sprecher des Vatikan gemacht wurde, um das große Publikum bei den verschiedenen Anlässen mit der Auffassung der Kurie bekannt zu machen, greift in einem öffentlichen Schreiben die Rundgebung des Reichsaussschusses der deutschen Zentrumspartei an. Es heißt u. a., daß diese Rundgebung wegen ihres Konfessionalismus eine Verletzung jedweder wahren katholischen Pflicht und eine bewußte Verletzung der päpstlichen Vorschriften sei.

* Auch ein Spionagefall in Reg? Ein in Jülich befindlicher englischer Offizier wurde innerhalb des Festungsgebietes des Forts Kaiserin bei Reg durch einen Posten festgehalten und auf Befehl des Festungskommandanten durch einen Kriminalhauptmann auf das Gouverne-

ment teilt uns mit: Auf das letzte Aufschreiben für das vierjährige Stipendium der Mozartstiftung, das zum 21. Mal zur Vergebung gelangt, haben sich 98 Bewerber gemeldet, von denen 14 zum engeren Wettbewerb zugelassen wurden. Die Entscheidung der Preisrichter fiel zugunsten des Musikstudierenden Werner Behrl aus. Behrl, der 1899 in Aarau (Schweiz) geboren ist, studierte bis jetzt in Zürich.

Ein reicher Bürger von Marseille namens Adolphe Bailly, der vor einigen Tagen in Florenz starb, hat dem Pariser Louvre-Museum eine Million Franken mit der Bestimmung vermacht, daß die Zinsen dieses Kapitals alljährlich zum Ankauf von Gemälden verwendet werden sollen.

In der Pariser Großen Oper werden im Oktober wieder Aufführungen Richard Wagnerscher Werke stattfinden, die von deutschen Kapellmeistern dirigiert werden. Der Mannheimer Hofkapellmeister Arthur Bodanzky wird nach der „N. Bod. Landesbzg.“ den „Ring des Nibelungen“, der Münchener Hofkapellmeister Bruno Walther „Parsifal“ und eine Aufführung der „Walküre“ leiten.

In London wurde vor einem glänzenden Publikum im Druck Lane-Theater Richard Strauß' „Josephs-Legende“ in England zum erstenmal aufgeführt. Das Publikum nahm das Werk sehr freundlich auf. Am Schluß wurde Strauß immer wieder gerufen. Die führende Musikkritik aber stellt sich dem Werke sehr kühl und fast durchweg ablehnend gegenüber.

Wissenschaft und Technik. In Bonn vermachte der Professor der Zoologie H. König der Universität sein neu erbautes Haus in Werts von mehreren Millionen Mark.

Das Störking in Christiania nahm einen Kredit von 200 000 Kronen für die Nordpolexpedition Roald Amundsen an.

Aus Mailand wird uns berichtet: Bei dem Straßenbau in der Nähe von Strobil im Klostale, am Fuße des Großen St. Bernhard, wurden in einer Tiefe von 3 Meter etwa 60 Skelette und viele Münzen aus der Karolingerzeit sowie eine aus der Zeit Barbarossas mit dem Bilde der Madonna und dem kaiserlichen Adler gefunden.

ment gebracht. Ob es sich nur um ein versehentliches Versehen des Forts oder um Spionage handelt, wurde noch nicht bekannt gegeben.

* **Bestimmungen über die Errichtung von Bauhaußchüssen für Hausarbeit**, die der Bundesrat auf Grund des Hausarbeitsgesetzes von 1911 angenommen hat, werden im „Reichsanzeiger“ veröffentlicht. In 34 Paragraphen, die in zwei Abschnitte zerfallen, wird die Errichtung und Zusammensetzung der Bauhaußchüsse sowie das Verfahren in diesen geregelt.

* **22. Bundestag deutscher Gastwirte**. Den Schluß des ersten Beratungstages des 22. Bundestages deutscher Gastwirte in Hannover bildete ein Festmahl. Präsident Ringel (Berlin), der Vorsitzende des Deutschen Gastwirteverbandes, warf dabei noch einmal einen Rückblick auf die erfolgreiche Einigungsverhandlungen und teilte mit, daß die aufgestellten Forderungen des gemeinsamen Verbandes in der gemeinsamen Vorstandssitzung im Herbst samt den Ausführungsbestimmungen festgelegt werden sollten. In der gestern fortgesetzten Schlußversammlung erhielt zunächst Rent (München) das Wort zur Begründung eines Antrages des Bayerischen Gastwirteverbandes, der noch für dieses Jahr die Einberufung eines Allgemeinen Gastwirtetages nach Berlin wünscht. Dazu sollen alle deutschen Wirtverbände eingeladen werden. Sie sollen dabei in geeigneter Weise auf die Notwendigkeit des Beitritts zum nunmehr geeinten großen Deutschen Gastwirteverband hingewiesen werden. Eine Beschlußfassung wurde nicht gewünscht. — Auf Antrag Frankfurt a. M. wurde ohne Debatte beschlossen, bei der preussischen Regierung dahin vorstellig zu werden, daß Personen unter 16 Jahren auch ohne Begleitung Erwachsener an Vergnügungen teilnehmen dürfen. — Um dem Schmiergeldernutzen zu begegnen sollen dem Bundesverband in distinkter Weise einschlägige Fälle mitgeteilt werden. Weiter wurde gewünscht, daß die Rabatte an Vereine, Gepädträger, Drochsenführer usw. ewergisch bekämpft werden. Wegen die von den Angehörten Verbänden erstrebte Einführung einer 38stündigen ununterbrochenen Ruhezeit und gegen die Einführung der Ruhepausenbestimmungen auf das gesamte gewerbliche Personal wandte sich ein Antrag des Westdeutschen Gastwirteverbandes, der zur Kenntnis genommen wurde. — Über den Stand der Antikalkulationsbewegung berichtete Redakteur Frick (Straßburg). Eine Protestresolution, in der gleichzeitig die Bundesverbände aufgefordert werden, alle Übergriffe der Antikalkulation der Zentralstelle des Bundes zu melden, wurde einstimmig angenommen. Ferner wurde gegen die Belastung hochpreisiger Auslandsweine noch durch inländische Besteuerung Stellung genommen. Zur Annahme gelangen weiter ein Antrag Wagner (Leipzig), der eine lokale Handhabung des Reichsweinsteuergesetzes verlangt, sowie ein weiterer Antrag Wagner, der verlangt, daß den immer höher steigenden Anforderungen der Kompositionen durch reichsrechtliche Bestimmungen entgegengetreten werde. Ein Antrag Rassel, die Festsetzung des nächsten Tagungsortes dem Vorstände zu überlassen, da der Deutsche Gastwirteverband auf seiner letzten Tagung bereits Königsberg gewählt habe, wurde angenommen. Der Vorsitzende schloß dann die Versammlung mit einem Hoch auf den Bund und den Verband. Am Abend gab die Stadt Hannover ein Gartenfest.

* Für den Bau einer Reichshafenbrücke bewilligte die Hamburger Bürgerschaft 5 420 000 M. aus Anleihenmitteln.

Rechtspflege und Verwaltung.

Die Ernennungen im Ministerium für Handel und Gewerbe. In Stelle des demnächst in den Ruhestand tretenden Unterstaatssekretärs Schreiber und des Ministerialdirektors Dr. Reubaus wurde der Staatskommissar bei der Börse in Berlin Dr. Göpper zum Unterstaatssekretär und Geh. Oberregierungsrat von Meyeren (wie gemeldet) zum Ministerialdirektor im Ministerium für Handel und Gewerbe ernannt. Dem neuen Unterstaatssekretär Göpper räumt die „Vossische Zeitung“ nach, daß er ausgezeichnet sei in seiner schnellen Auffassung aller wirtschaftlichen Fragen, was er auch darin bewiesen habe, daß er, als er den Posten eines Staatskommissars an der Berliner Börse verließ, den oft schwierigen Verhältnissen an der Berliner Börse gerecht werden konnte.

Parlamentarisches.

Das Wohnungsgesetz in der Kommission in zweiter Lesung angenommen. Die Wohnungsgesetzkommission nahm in zweiter Lesung mit großer Mehrheit gegen die Freikümmigen, Sozialdemokraten und eines Nationalliberalen das Gesetz an, und zwar mit der Resolution auf Vorlegung eines Gesetzesentwurfes zur Förderung des Baues geeigneter Kleinwohnungen für Staatsarbeiter und gering besoldete Staatsbeamte. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Das Fischereigesetz in der Kommission. Der 10. Ausschuss des Abgeordnetenhauses beriet gestern die §§ 12 bis 14 des Fischereigesetzes. § 12 wurde fast einstimmig in der vom Berichterstatter und Mitberichterstatter vorgeschlagenen Fassung angenommen; „Verläßt ein Wasserlauf infolge natürlicher Ereignisse sein Bett oder bildet sich ein neuer Arm, so werden die am alten Wasserlauf bestehenden Fischereirechte, soweit sie nicht auf Eigentum beruhen, auch auf den neuen Wasserlauf übertragen. Wird ein Wasserlauf 1. Ordnung künstlich abgeleitet, so gehen solche Fischereirechte auf den neuen Wasserlauf über, wenn dieser dazu bestimmt ist, mehr als die Hälfte des abfließenden Wassers der gewöhnlichen Wasserstände aufzunehmen. Die Fischereirechte an dem alten Gewässer stehen dem Versteller der Ableitung zu. Der Fischerei-Berechtigte kann für diesen Fall für die Verminderung des Ertrages aus seinem Fischereirecht Entschädigung verlangen. In allen sonstigen Fällen künstlicher Ableitung von Wasserläufen gilt Absatz 1.“ § 13 will das Recht der Fischer, an den überfluteten Grundstücken ihr Gewerbe auszuüben, regeln. Zu einer Einigung dieser Frage kam es noch nicht. § 14 soll von der Befugnis der Fischerei-Berechtigten, fremde Ufergrundstücke, Inseln, Brücken, Wehren usw. zu betreten, handeln. Auch das Recht, bestellte Äder, Weiden und Gärten betreten zu dürfen, soll hier geregelt werden. Hier lagen eine Reihe von Abänderungsanträgen vor, deren Erörterung in der nächsten Sitzung am Freitag erfolgen soll.

Das Grundbesitzengesetz. Die Kommission des Abgeordnetenhauses für Beratung des Grundbesitzengesetzes beendete gestern ihre erste Sitzung. Nach einem Antrage der Konservativen, der Nationalliberalen und des Zentrums wird ein 50-Millionenfonds zur Kostenbedeckung für die Regelung der öffentlichen rechtlichen Verhältnisse in den Siedlungsgebieten, für Landeskulturzwede, zu Prämien für die Ansiedlung von Landarbeitern, für Weissen zur Ver-

schaffung von Mietwohnungen und Bachland für Landarbeiter eingelegt. Eine nationalliberale Resolution fordert die Einstellung besonderer Mittel im nächsten Etat zur Durchführung von Bestrebungen der ländlichen Wohlfahrtspflege und Heimatspflege. Die Resolution wurde angenommen. Der Anliehbetrag zur Bewährung von Zinslohnkrediten bei Errichtung von Rentengütern wurde von 75 auf 100 Millionen erhöht. In einer von den Freikonservativen beantragten Resolution fordert die Kommission, daß nicht bloß den provinziellen großen Ansiedlungsgesellschaften, sondern auch den kleineren Gesellschaften Zwischenkredit bis zu 25 Prozent des Beleihungswertes zu gewähren ist. Die Feststellung des Berichtes über die erste Lesung soll am 13. Juli stattfinden.

Das Kommunalabgabengesetz. Die 13. Kommission beendete die erste Beratung des Kommunalabgabengesetzes. Am Freitag folgt die Beratung der Kreis- und Provinzialsteuern.

Aus dem bayerischen Landtag. Nach der bereits in der heutigen Morgenansprache mitgeteilten Erklärung des Verkehrsministers zum bayerischen Postreservat wurde in die Spezialberatung des Etats eingetreten und ein Antrag des Ausschusses angenommen, die Staatsregierung zu ersuchen, im Bundesrat erneut darauf hinzuwirken, daß mit tunlichster Beschleunigung eine Neuordnung der Telephongebühren herbeigeführt werde.

Heer und Flotte.

60jährige Dienstjubiläum. Admiral von Knorr, der am Mittwoch den 60. Jahrestag seines Eintritts in die Marine feiern konnte, der er 45 Jahre als aktiver Seeoffizier angehört hat, hat aus diesem Anlaß vom Kaiser folgendes Telegramm erhalten: „Zu dem heutigen Tage, an dem sich Ihr Eintritt in die Marine zum sechzigsten Male jährt, spreche ich Ihnen meine warmsten Glückwünsche aus. Dabei erinnere ich mich gern erneut in Dankbarkeit Ihrer in Krieg und Frieden erworbenen hohen Verdienste um meine Marine. Möge Ihnen ein ferneres Wohlergehen in getohter Frische beschieden sein.“ Auch Staatssekretär v. Tirpitz sandte im Namen der Marine ein herzliches Glückwunschtelegramm. — Ein zweiter früherer Seeoffizier feierte an dem gleichen Tage den 60. Jahrestag seines Eintritts in die Marine, der in Lübeck wohnende Vizeadmiral a. D. Kühne. Er zeichnete sich bei dem schweren Zusammenstoß des von ihm befehligten Panzerschiffes „König Wilhelm“ mit dem „Großen Kurfürsten“ am 31. Mai 1878 aus. Damals seiner Umsicht und Entschlossenheit wurde ein großer Teil der Befahrung des sinkenden Schiffes gerettet und der schwer beschädigte „König Wilhelm“ glücklich nach Portsmouth eingebracht.

Eblicher Unfall eines Marinefliegeroffiziers. Aus Kiel, 25. Juni, wird gemeldet: Heute nachmittag kurz nach 3 Uhr stürzte, wie die „Kielener Nachrichten“ melden, gleich nach dem Start Kapitänleutnant Walter Schroder infolge Überfliegens des Wasserflugzeuges aus 40 Meter Höhe ins Wasser. Er wurde zwar sofort von einer Pinasse gerettet, erlag jedoch den erlittenen schweren inneren Verletzungen um 5 Uhr im Friedrichsdorfer Krankenhaus.

Deutsche Schutzgebiete.

Das deutsch-chinesische Schantungbahnabkommen. Szinganfu, 26. Juni. Die chinesische Regierung und der deutsche Konsul haben gestern ein langfristiges Abkommen über die Eisenbahnen in Schantung unterzeichnet. Die deutsche Sprache wird die allgemeine Verkehrssprache für die Bahn sein.

Ausland.

Österreich-Ungarn.

Eine neue Begegnung des deutschen Kaisers mit dem Thronfolger. Letzter, 26. Juni. Die Zeitung „Silesia“ meldet: Wie mit Bestimmtheit verlautet, wird Kaiser Wilhelm im Herbst dieses Jahres als Jagdgast des Landeshaupmanns von Schlesien, des Grafen Lariß, auf Schloß Soltau eintreffen. Auch der Erzherzog-Thronfolger wird Mitte November auf Schloß Soltau erwartet.

Der Stefansorden für den Sultan. Wien, 26. Juni. Anlässlich der Vollendung des fünften Regierungsjahres des Sultans Mohammed V. verlieh Kaiser Franz Joseph dem Sultan den Stefansorden.

Frankreich.

Die Flottenpolitik im Senat. Paris, 25. Juni. Bei der Beratung des Marinebudgets im Senat betonte Gaudin de Villaine die Notwendigkeit, die strategische und taktische Auffassung für die Schlachtflotte durch den Bau von Schlachtkreuzern zu sichern, die ebenso für die Schlacht wie für die Aufklärung geeignet seien und denen einige Spezialschiffe beigegeben werden müßten. Emile Chaumery erinnerte daran, daß der Hauptgefahrpunkt für Frankreichs Flottenpolitik der sei, um jeden Preis Frankreichs und seiner Verbündeten Herrschaft im Mittelmeer zu erhalten. Einerseits bedürfe Frankreich des ungehörten Verkehrs mit Nordafrika und seinen weiter entfernt gelegenen Besitzungen, andererseits müsse Deutschland, wenn seine Küsten durch die russische und englische Flotte blockiert würden, daran gehindert werden, Rohstoffe und Lebensmittel über italienische und österreichische Häfen zu beziehen; wenn Deutschland so vom Meer abgeschnitten sein würde, so würde es einen längeren Krieg nicht aushalten können. Der Berichterstatter warf die Frage auf, ob Frankreich eine entscheidende Überlegenheit über die vereinigten Flotten Italiens und Österreichs besitze und beantwortete sie dahin, daß zurzeit die materiellen Kräfte auf beiden Seiten gleich seien, daß aber Frankreich eine zur Erringung des Sieges genügende Überlegenheit durch die Einheitlichkeit des Kommandos und die einheitliche Friedensausbildung besitze. Um jedoch die Gleichheit der materiellen Kräfte aufrechtzuerhalten, brauche Frankreich vier neue über-Dreadnoughts. Man müsse die zum Gefecht brauchbaren Schiffe von 28 Panzerfahrzeugen auf 33 Schiffe bringen, nämlich auf vier Dreadnoughts zu je acht Schiffen und ein Flottenflaggschiff. Die erforderlichen Neubauten müßten, wie schon bemerkt, Schlachtkreuzer sein. Bei einem Überblick über die Marinebudgets der Rivalen Frankreichs im Mittelmeer zeigte Chaumery, daß sich diese ebenso wie das Frankreich in sechs Jahren verdoppelt hätten. Frankreich werde 1914 mehr als 630 Millionen aufwenden, aber die Erneuerung des Marineprogramms, die er vorschläge, werde ohne nochmalige Erhöhung des Budgets in späteren Jahren durchgeführt werden können. Gaudin, der ehemalige Marineminister, glaubt

nicht, daß Frankreich den Anstrengungen seiner Rivalen auf die Dauer weichen könne. Frankreich könne aber seine Seemacht anders, als durch Ausbeutung seiner Neubauten stärken. Der Redner betonte die Notwendigkeit der zur Debatte stehenden Aufklärungschiffe und der Forts. Vor allen Dingen verlange er Folgerichtigkeit und Unterlassung kostspieliger technischer Experimente ohne jeden Wert.

Die Frage der Besteuerung ausländischer Arbeiter und Angestellten. Paris, 25. Juni. In der Kammer begründete der Deputierte der Rechten Bugliesi-Conti folgenden Antrag: Die Kammer ist entschlossen, die nationale Arbeit zu schützen und ersucht die Regierung, einen dringenden Gesetzesentwurf vorzulegen, wonach Arbeitergeber, die ausländische Arbeitskräfte anstellen, zu einer Steuer herangezogen werden sollen. Der Redner wies auf die Grubenbezüge im Osten und in der Normandie hin, die von Ausländern überflutet seien. Der Redner wurde häufig von den Sozialisten unterbrochen, die ihm vorwarfen, für das Dreijahresgesetz gestimmt zu haben. Bugliesi erklärte weiter, daß seit 40 Jahren die deutschen und schweizerischen Angestellten in den Hotels aus Frankreich über zwei Milliarden an Gehälter zogen. Die Steuer könnte eine gewisse Kompensation für die durch das Dreijahresgesetz entstandenen Lasten bilden. Der Redner schätzte die Zahl der in Frankreich wohnenden ausländischen Arbeiter und Angestellten auf 600 000 und forderte, daß Frankreich die nationale Arbeit ebenso schütze, wie mehrere andere Staaten dies bereits getan haben. (Beifall auf der Rechten und im Zentrum.) Unterstaatssekretär im Ministerium des Innern Abel Ferry erklärte, daß die Regierung diesen Vorschlag nicht annehmen könne. Es handle sich darum, den besten Weg zum Schutze der Arbeit zu finden, aber der Vorschlag sei ein schlechtes Mittel, denn er treffe die Produktion. Abel Ferry fragte, ob Bugliesi-Conti auch die Folgen des Vorschlages erwogen habe und ob er die Gegenseitigkeitsverträge, die Frankreich beispielsweise mit der Schweiz, Spanien und Schweden geschlossen hat, aufkündigen wolle. Der Minister der öffentlichen Arbeiten unterstützte einen Antrag auf Vertagung, ebenso der Präsident. Andere Redner wollten namentlich das Wort ergreifen, doch verzichteten sie angesichts lebhafter Zurufe „Abstimmen!“ Der Verlagsantrag wurde mit 452 gegen 104 Stimmen angenommen.

Ein Umbau des Sitzungssaales im Palais Bourbon? Paris, 25. Juni. Mit Rücksicht darauf, daß in dem gegenwärtigen Sitzungssaal im Palais Bourbon infolge der Vermehrung der Mandats kein genügender Platz ist, beschäftigt sich das Bureau der Kammer mit einem evtl. Umbau des Sitzungssaales. Während dieser Arbeit sollen die Sitzungen der Kammer in Versailles stattfinden. Dieser Plan scheint jedoch mit solchen Schwierigkeiten verbunden zu sein, daß seine Verwirklichung für wenig wahrscheinlich gehalten wird.

A. H. Ein neuer Spionagefall? Ranch, 25. Juni. Die Polizei hat 12 Ausländer festgenommen. Fünf wurden in Haft gehalten, die im Verdacht stehen, Soldaten zum Desertieren zu verlocken zu haben. Man spricht auch von Munitionsdiebstählen. Die Staatsanwaltschaft hält die Angelegenheit geheim.

Eine Auszeichnung Hanfs. Paris, 26. Juni. Die Academie Francaise hat dem Karikaturisten „Gaut“ einen Preis von tausend Franken zuerkannt.

England.

Auch der König von Württemberg Ehren doktor von Oxford. London, 25. Juni. Die Universität Oxford hat heute den König von Württemberg zum Doctor of civil law promoviert.

Italien.

Die Wahrung der Integrität Abessinien. Rom, 26. Juni. Das „Giornale d'Italia“ erinnert daran, daß die Minister Martini und di San Giuliano kürzlich im Parlament den festen Entschluß Italiens ausdrücklich betont haben, die Integrität Abessinien zu achten und sich jeder Einmischung dort zu enthalten, dementiert alle gegenteiligen Behauptungen und erklärt, daß die öffentliche Meinung einer Anschauung mit der Regierung ist.

Sozialistische Obstruktion in der Kammer. Rom, 25. Juni. Die Deputiertenkammer verhandelte in zwölftündiger Sitzung bis abends 10 Uhr, da die Regierung hierdurch die Obstruktion der Sozialisten gegen die Steuervorlagen zu brechen wünschte. Es kam zu lebhaften Zwischenfällen und heftigem Wortwechsel, der sogar in Tätlichkeiten ausartete, besonders als der Republikaner Eugen Chiesa die Abstimmungsurnen umwarf. Er wurde bis Montag von den Sitzungen ausgeschlossen.

Rußland.

Der englische Flottenbesuch. Petersburg, 25. Juni. Die Stadtduma gab heute den englischen Gästen ein Festmahl. Der englische Botschafter toastete auf den Kaiser; das Stadthaupt Graf Tolstoi toastete auf den König von England. Er begrüßte die Gäste und trank auf den unverwundlichen Ruhm der englischen Flotte.

Balkanstaaten.

Neue Angebote zur bulgarischen Anleihe. Wien, 25. Juni. Bulgarien hat, wie der „Neuen Freien Presse“ aus Sofia gemeldet wird, russische und französische Angebote für eine Anleihe erhalten. Ferner ist eine Londoner Offerte auf eine Anleihe von einigen hundert Millionen in Sofia eingetroffen.

Vereinigte Staaten.

Eine Antitruste Wilson. Washington, 25. Juni. Präsident Wilson erklärte einer Gesellschaft von Zeitungsberausgebern aus Virginia gegenüber, der Zweck der Antitrustgesetzgebung seiner Verwaltung sei, eine neue Grundlage für die Freiheit des Geschäftsverkehrs zu schaffen. Der Präsident prophezeite eine große Belebung der Geschäfte und sprach sich weiter dahin aus, daß seine Verwaltung seit Jahren die erste sei, die der Geschäftswelt freundlich gestimmt sei. Das Antitrustprogramm käme noch in der gegenwärtigen Tagung des Kongresses zur Erledigung.

Ein deutsch-amerikanisches Sängerfest. Louisvile, 25. Juni. Anlässlich des 34. Sängerfestes des Nordamerikanischen Sängerbundes überreichte der

deutsche Konsul in Cincinnati Dr. Meßger eine von dem deutschen Kaiser gestiftete Medaille und überbrachte die Grüße des Kaisers, indem er die Teilnahme des Kaisers an der Entwicklung des Chorgelanges erwähnte. Der Bundesvorstand handte dem Kaiser als dem Förderer und Schutzherrn des deutschen Liedes ein Danktelegramm, das mit den Worten schloß: Das deutsche Lied, mit dem wir in die Fremde zogen, soll immerdar die Liebe und Anhänglichkeit an die alte Heimat wachhalten.

China.

Grenellaten der Rebellen. London, 26. Juni. Nach hier vorliegenden Meldungen aus Peking soll die Stadt Kalgan, die 200 Kilometer von Peking entfernt liegt, von chinesischen meuternden Soldaten geplündert und niedergebrannt worden sein. Unter den Einwohnern wurde ein furchtbares Blutbad angerichtet.

Aus Stadt und Land.

Wiesbadener Nachrichten.

Landesausschuß.

Unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters a. D. Dr. v. Jell (Wiesbaden) fand im Landeshaus eine Sitzung des Landesausschusses statt, der auch der Oberpräsident der Provinz Hessen-Nassau Erzengel Hengstenberg beizuhörte. Die gefassten Beschlüsse bezogen sich zum großen Teil auf Personalangelegenheiten und Darlehen an Gemeinden. An Stelle des verstorbenen praktischen Arztes Dr. Rüd (Camberg) wurde der praktische Arzt Dr. Lieber dafelst als Anhaltspunkt des Kaufmännischen Instituts zu Camberg bestellt. Denjenigen ländlichen Volksschullehrern, die an dem diesjährigen vom 10. August bis 12. September an der Landwirtschaftsschule Weiburg stattfindenden Fortbildungskursus teilnehmen, werden Beihilfen von je 200 M. und Ertrag der Eigenbahnschiffen 3. Klasse gewährt. — Die Direktion der Kassauischen Landesbank wurde ermächtigt, über den vom Kommunallandtag festgesetzten Betrag von 5 Millionen Mark hinaus weitere 10 Millionen Mark Schuldverschreibungen der Kassauischen Landesbank im laufenden Geschäftsjahr abzugeben. Für den Neubau des Landesbankgebäudes in der Rheinstraße zu Wiesbaden wurde eine aus folgenden Mitgliedern bestehende Baukommission bestellt: Oberbürgermeister a. D. Dr. v. Jell, Landeshauptmann Krefel, Stadträte Schaumann und Abt, beide in Frankfurt, Justizrat Dr. Alberti (Wiesbaden), Rentner Theis (Gladenbach) und Landesbankdirektor Knauf. — Bei der Kassauischen Brandversicherungsanstalt wurden vom 1. Juli d. J. ab ernannt: der technische Hilfsarbeiter Mohr zum technischen Sekretär, der technische Hilfsarbeiter Bowitzki zum technischen Bureauhilfen und der Bureauhilfsarbeiter Schild zum Bureauhilfen. Landeswegemeister Grimm von Rahenelbogen wurde vom 1. Oktober d. J. ab nach Erbenheim und der Landeswegemeister Ochs von Gladenbach zum gleichen Zeitpunkt ab nach Elmville versetzt. Der Wegemeister-Annäherer Gernand in Elmville wurde zum 1. Oktober d. J. unter Übertragung der Wegemeisterei Gladenbach zum Landeswegemeister ernannt. — Mit der Einberufung des Dr. med. Maforsky von der Bezirksanstalt Stephansfeld i. Elf. an die Landesheil- und Pflegeanstalt Eschberg, erklärte sich der Landesausschuß einverstanden. — Die bei der Anstalt Gerborn probeweise als Heilgymnastin beschäftigte Frau Schneider wurde als solche definitiv vom 1. Juli d. J. ab angestellt, ebenso die bei der Anstalt Weilmünster probeweise als Oberpflegerin beschäftigte Friederike Römmer. — Der Annahme der Volksschullehrer Otto Brachmüller aus Martröblich bei Weihenfeld und Hermann Schmidt aus Wattenberg als Hilfslehrer beim Kaufmännischen Institut Camberg wurde zugestimmt. — Bei der Kassauischen Landesbank wurden die Buchhaltungs-Anwärter Wintermeyer und Belte zu Landesbankbuchhaltern und die Hilfsarbeiter Jersb, Simon, John und Petry zu Landesbankbureauhilfen, sämtlich vom 1. Juli d. J. ab, ernannt. — Mit der Annahme des Dr. jur. Weber aus Breslau als Hilfsarbeiter bei der Landesbankdirektion erklärte sich der Landesausschuß nachträglich einverstanden. — Aus der ständischen Hilfskasse wurden folgenden Gemeinden gering verzinsliche Darlehen bewilligt: Für Wasserleitungsbauten: Rebbighausen, Roth, Sindershausen, Zübach, Ransel, Altkirch, Heisterberg, Seilhofen und Grohseifen; für Wegebauzwecke: Mellen, Prath, Reichenberg, Görden und Schierbach; für Schulhausneubauten: Dahlheim und Schmitten; für Anschaffung einer Viehwage: Silberberg; für Konsolidationszwecke: Langendernbach, Giershausen und Weithardt. Aus dem Meliorationsfonds wurden weitere Darlehen bewilligt: für Drainagezwecke: Ollingen und Selters; für Konsolidationszwecke: Rogbach, Neunkirchen und Eckerhausen. Für eine in Eckerhausen für die Orte Eckerhausen, Oberdorf, Tringenstein, Oberthal und Wassenfeld zu errichtende Krankenpflegestation wurde eine Beihilfe von 200 M. auf 5 Jahre bewilligt, ebenso wurde eine Beihilfe von 100 M. für eine in Kellheim bestehende Krankenpflegestation bewilligt. — An Stelle des verstorbenen Lehrers a. D. Keller zu Braubach wurde das Ehrenamt eines Vertrauensmanns zur Mitwirkung bei der Vermittlung und Kontrolle der Familienpflege von Waisen und fortlaufend unterstützten Randarmen im 3. Bezirk des Kreises St. Goarshausen vom 1. Juli d. J. ab widerruflich dem Kaufmann August Grau zu Braubach übertragen. — Für Och-wasserhäuser vom Februar 1909 wurden folgende Unterstufungen bewilligt: im Distrikt der Gemeinde Offdill 800 M., Jellerdill 288 M., Oberrothbach 225 M., Niederrothbach 284 M.; im Oberlahnkreis den Gemeinden Schubbach 450 M., Oberhausen 306 M., Niederlefenbach 250 M.; im Oberwesterwaldkreis den Gemeinden Innau 278 M. und Wählrod 92 M. Dieselben Beträge sind auch aus Staatsmitteln bewilligt worden.

Wiesbadener Zuwachsteuerprozesse vor dem Oberverwaltungsgericht.

In zwei Wiesbadener Zuwachsteuerprozessen, die jetzt in höchster Instanz das Oberverwaltungsgericht zu Berlin beschäftigt, handelte es sich um eine grundsätzliche Auslegung des Zuwachsteuergesetzes, die von finanzieller Bedeutung für Gemeinden und Steuerpflichtige ist. Der Studienlehrer a. D. Dormann zu Wiesbaden und mehrere andere Personen waren zu Bruchteilen Eigentümer eines Grundstücks. Sie veräußerten ihre An-

teile zusammen und wurden vom Magistrat zu Wiesbaden im Jahre von 2002 M. zur Zuwachsteuer herangezogen. Von einigen der Steuerpflichtigen konnte der Magistrat die Steuer nicht Beitreiben, die Pändung blieb erfolglos. Er hielt sich nunmehr für berechtigt, diese ausfallenden Steuerbeträge anteilig von den anderen Eigentümern des Grundstücks nachzufordern. Der Studienlehrer Dormann und die Ehefrau des Fabrikanten Thewald in Döhl a. M., an die solche Nachforderungen in Höhe von zusammen 435 M. ergangen waren, klagten beim Bezirksauschuß auf Freistellung. Sie waren der Ansicht, daß sie für die Steuern anderer Eigentümer des Grundstücks nicht haftbar gemacht werden könnten. Der Magistrat berief sich auf § 20 des Zuwachsteuergesetzes, in dem es heißt: „Die Entrichtung der Zuwachsteuer liegt demjenigen ob, dem das Eigentum an dem Grundstück vor dem die Steuerpflicht begründenden Rechtsgang zugefallen ist.“ Mehrere Steuerpflichtige hatten als Gesamtschuldner. Auf den letzteren sah gründete der Magistrat seine Nachforderung. Der Bezirksauschuß stellte aber die Kläger, ihrem Antrag entsprechend, von der Steuer frei. Die verschiedenen Veräußerer des Grundstücks seien nur zu Bruchteilen Eigentümer gewesen. Jeder habe nur über seinen Anteil, nicht aber über den Anteil eines anderen Eigentümers verfügen können und veräußert, und jeder brauche deshalb auch nur die Steuer zu tragen, die auf seinen Anteil entfalle. Gegen das Urteil legte der Magistrat, dem daran lag, die grundsätzliche Frage durch eine Entscheidung des höchsten Steuergerichtshofs geklärt zu wissen, Revision ein. Er war der Auffassung, hier liege ein Rechtsgeschäft vor, und es seien mehrere Steuerpflichtige vorhanden, die nach § 20 als Gesamtschuldner für die Steuer haften. Darauf, daß Bruchteilseigentum der einzelnen vorliege, komme es bei der Verantwortung der Frage nach der Gesamthaftung nicht an. Das Oberverwaltungsgericht versagte jedoch durch Urteil des 7. Senats (Vorsitzender Senatspräsident Dr. Struh) der Revision des Magistrats den Erfolg. Die Auffassung des Bezirksauschusses sei durchaus richtig. Bei Bruchteilseigentum könne jeder Steuerpflichtige nur über seinen Anteil verfügen. Wenn hier auch das Grundstück von allen Eigentümern zu gleicher Zeit veräußert worden sei, so habe doch jeder nur seinen Teil veräußern können und veräußert. Jede Veräußerung bilde einen Steuerfall für sich. Der § 20 des Gesetzes komme deshalb hier nicht in Betracht. Von jedem der Beteiligten könne nur die Steuer gefordert werden, die auf seinen Anteil entfalle.

In einem anderen Zuwachsteuerstreit, in dem der Architekt Reichwein dem Magistrat gegenüberstand, hatte der Bezirksauschuß zu Wiesbaden die Klage abgewiesen. Er war der Ansicht, die Klagefrist sei verpätet. Das Oberverwaltungsgericht hob jedoch diese Entscheidung als rechtsirrig auf und verwies die Sache an den Bezirksauschuß zurück, der in eine sachliche Prüfung der Einwendungen des Klägers wird eintreten müssen.

— Die türkischen Prinzen besichtigten heute vormittag die Seilkellerei Henckell, wo sie von den Herren Karl Henckell und v. Wilow empfangen, bewirtet und durch die verschiedenen Räume geführt wurden. In Begleitung der Prinzen befanden sich drei türkische Offiziere und Oberst von Stempel.

— Konzert im Krankenhaus. In einem Frauen- und Mädchenpavillon des städtischen Krankenhauses, in dem Patientinnen liegen, die nachts einschlafen werden können, als nicht an schweren Krankheiten Leidende, veranstaltete vorgestern die blinde Sängerin Frau Hannah Lür und ihr leider ebenfalls blindes Schönschön ein Konzert. Wie uns mitgeteilt wird, trug Frau Lür einige Arien und Lieder mit starkem Stimmungsgehalt vor; sie bereitete ihren Patienten eine große Freude und einen rechten Kunstgenuss. Der Knabe begleitete die Mutter auf dem Klavier und brachte daneben ein paar Kompositionen von Schubert und Schumann zu Gehör. Auch er fand lebhaften Beifall. Frau Dentist Rehm teilte sich mit dem Jungen in die Klavierbegleitung. Man ist neuerdings dazu übergegangen, die Kunst, namentlich Gesang und Musik, auch ins Krankenhaus zu tragen. Frau Lür und ihre Mitwirkenden stellten sich freiwillig und ohne eine Bezahlung zu verlangen, in den Dienst der guten Sache.

— Die Bezirksabgabe im Regierungsbezirk Wiesbaden. Die von den Kreisen des Regierungsbezirks Wiesbaden zu entrichtende Bezirksabgabe für 1914, die 7 1/2 Prozent der verschiedenen Steuerarten oder insgesamt 2 228 976 M. ausmacht, ist (in runden Beträgen) auf die einzelnen Kreise des Bezirks wie folgt verteilt worden: Wiedenlopf 16 310 M., Dill 29 946 M., Frankfurt a. M. 1 849 975 M., Höchst a. M. 118 120 M., Limburg 35 193 M., Oberlahn 18 882 M., Oberlahn 80 182 M., Oberwesterwald 8581 M., Rheingau 44 525 M., St. Goarshausen 27 152 M., Unterlahn 35 076 M., Unterlahn 17 162 M., Unterwesterwald 21 224 M., Wingen 7570 M., Westerburg 7914 M., Wiesbaden-Stadt 328 500 M. und Wiesbaden-Land 72 587 M.

— Kaufmanns-Erholungsheim. Im Hinblick auf verschiedene Anfragen teilt die „Deutsche Gesellschaft für Kaufmanns-Erholungsheim“ mit, daß die Namensbenennung eines einbettigen Zimmers bei einer Stiftung von 2000 M., eines zweibettigen Zimmers bei einer Stiftung von 3000 M. geschieht, dagegen eine Stiftung erst bei einer Zeichnung von 10 000 M. erfolgt. Die verschiedenen Formen dieser Stiftungen werden hauptsächlich zum Andenken an Verstorbene benutzt.

— Dienstjubiläum. Am 29. d. M. kann der Briefträger Johann Herkenroth auf eine 25jährige Tätigkeit im Dienst der Postverwaltung zurückblicken.

— Allgemeiner deutscher Jagdschützenverein. Am 25. Juni fand eine Versammlung des Bezirksvereins des Allgemeinen deutschen Jagdschützenvereins hier statt. Nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten erstattete Wittebecker von Miquel Bericht über die diesjährige Hauptversammlung des Jagdschützenvereins, welche kürzlich in Breslau stattfand. Besonders wurde der glänzende Empfang gerühmt, der den Teilnehmern in Breslau und namentlich auf den Gütern von Fürst Pleß zu teil wurde. Besonders erwähnenswert von der Breslauer Tagung sind noch die Anträge des Geflügelhändlervereins und der Wildbreithändler Deutschlands, welche die Gärten besichtigt wissen wollen, die die verschiedenen Schonzeiten mit sich bringen. Im Anschluß daran wurde von Justizrat Dr. Seefeld nachgewiesen, daß sich nur durch Geflügelzucht diese Gärten besichtigen lassen; bei einer Änderung der Jagdordnung müßten obige Wünsche zum Ausdruck kommen. Auf Antrag Joachim wird sich bei einer Änderung der Jagdordnung der hiesige Landesvorstand mit der Frage der Versammlung der Jagdschützenvereine befassen. Die Anregung fand den Beifall der Ver-

sammlung und soll eingehend geprüft werden. Im Anschluß an den geschäftlichen Teil hielt Oberst Eilen seinen außerordentlich interessierenden Vortrag über den „Wanderzug der Vögel“, der den ungeteilten Beifall der Versammlung fand und zu reger Aussprache Veranlassung gab. Es sei noch erwähnt, daß voraussichtlich im Jahre 1916 der Allgemeine deutsche Jagdschützenverein seine Hauptversammlung in Wiesbaden abhalten wird.

— Nicht gestorben ist, wie uns mitgeteilt wird, der Soldat, der kürzlich nebst einem Kameraden bei einem Kampf durch Bierstadt von einem Giftschlag betroffen worden ist. Die beiden Krieger konnten vielmehr vor einigen Tagen schon aus dem hiesigen Garnisonslazarett nach ihrer Garnison Mainz entlassen werden. Die Meldung des betreffenden Korrespondenten hat sich also als unzuverlässig erwiesen.

— Betrüger. In einer hiesigen Buchhandlung erschien ein Mann, kaufte eine Kleinigkeit und zahlte mit einem Hundemarfischein, den er samt dem Wechselgeld wieder einstrich und dann schnell verschwand. Der Schwindler ist etwa 40 bis 45 Jahre alt, von großer stattlicher Erscheinung, mit dunkelbraunem Spitzbart; er trug gelblichen Regenmantel und schwarzen steifen Hut. — Ein junges Mädchen erscheint in Wohnungen, deren Hausfrau Einkäufe besorgt, gibt ein Paket mit wertlosen Gegenständen mit der Angabe, es sei verloren gekauft worden, ab und verlangt dafür einen Geldbetrag von 2 bis 3 M., der ihr auch anstandslos ausgehändigt wird. Die Schwindlerin sieht aus wie ein Dienstmädchen, ist etwa 20 Jahre alt, von schlanker Figur mit hellblondem Haar und trägt Schürze.

— Freigelassen. Der festgenommene Kaufmann Grommes, der hier und in der Umgebung Schwindelschreie verübte, wurde vom Wiesbadener Untersuchungsrichter wieder freigelassen, nachdem durch ärztliche Untersuchung festgestellt war, daß Grommes hochgradig nervenkrank ist und dadurch für seine Taten nicht verantwortlich gemacht werden kann.

— Personal-Nachrichten. Dem Bürgermeister Schüb in Oberlahnstein wurde der Rote Adlerorden 4. Klasse, dem Kreisvorsteher West in Merabausen, dem Forstmeister Karl und dem Viehwärtermeister Kall in Rastbach das Allgemeine Ehrenzeichen und dem Landwirt Weber in Langenscheid die Rettungsmedaille am Bande verliehen. — Telegrammenantwörter Reinhard Müller in Wiesbaden hat die Telegrammenantwörterprüfung bestanden. Es treten in den Ruhestand die Postsekretäre Christ in Eltrich, Kausselet in Friedrichsdorf und Mühlhagen in Dorn.

— Rathaus. Die Kurverwaltung beschäftigt kommende Woche eine Juppell-Gesellschaftsfabrik. Die Fabrik findet nur bei gutem Wetter und genügender Beteiligung (12 Personen) statt. — Bei dem großen Illuminationsabend morgen Sonntag sollen ca. 90 000 Lampen und Laternen zur Verwendung gelangen. Während des Abends spielt das Orchester und die Kapelle des Artillerie-Regiments Nr. 27. — Am kommenden Montag werden die beiden Abonnementskonzerte im Garten von der Kapelle des 2. Rheinischen Infanterie-Regiments Nr. 9 aus Straßburg ausgeführt.

— Kleine Notizen. Die Nr. 28 der „Anstellungs-Nachrichten“ liegt in der Geschäftsstelle des „Wiesbadener Tagblatts“ zur unentgeltlichen Einsicht offen. — Herr Ingenieur Martin Fischer erhielt von dem Herrn Regierungspräsidenten in Wiesbaden ein Schreiben, in welchem ihm mitgeteilt wird, daß der Kaiser von dem Inhalt der ihm auf Befehl des Kaisers überlieferten Schrift „Vom Groß-Wiesbaden der Zukunft“ mit Interesse Kenntnis genommen und das Werkchen der Regierungsbücherei hat einverleiben lassen. — Die Hofausstellung in der Oberlahnstein wurde infolge des überaus zahlreichen Besuches nochmals vollständig erneuert. In der Abteilung für Blumenkunst werden die Tafeldekorationen einschließlich der von der Firma Stillner angefertigten Porzellane und Kristalle alle drei Tage gewechselt; neu ausgeführt sind moderne Damentische aus Blumen. Die Ausstellung wird noch bis zum 30. Juni unterhalten. — Heute sind es 10 Jahre, daß der Rüstler Heinrich Minor ununterbrochen bei der Firma W. Schumann und dessen Nachfolger, Biergroßhandlung, Seckstraße 3, tätig ist.

Aus dem Landkreis Wiesbaden.

Polizeikommissar Boock amtsmüde.

— o. Biedrich, 25. Juni. Herr Polizeikommissar Hermann Boock, der Leiter unserer Polizeirelevante, hat dem Magistrat sein Gehalt von Pensionierung zum 1. Okt. dieses Jahres unterbreitet. Herr Boock, der aus Gesundheitsrücksichten in den Ruhestand tritt, steht seit 15 Jahren an der Spitze des hiesigen Polizeidienstes. Er hat sich um die Organisation des Polizeidienstes unserer Stadt große Verdienste erworben, so daß die höheren Behörden unsere Ersatze selbst dadurch als vortreffliche Organisation anerkannt haben, daß sie seit Jahren hier eine Polizeistelle für kommunale Polizeibeamtete einrichten und deren Leitung Herrn Boock übertragen. Der scheidende Beamte hat indessen nicht nur zu seinen vorgeordneten Behörden und den ihm unterstellten Beamten, sondern vor allem auch zur Bürgerschaft stets die besten Beziehungen unterhalten, so daß sein Weggang allgemein bedauert wird. Herr Kommissar Boock war bekanntlich vor der Übernahme des Biedricher Polizeikommissariats in Wiesbaden tätig, wo er sich ebenfalls viele Freundschaft erworben hat.

Provinz Hessen-Nassau.

Regierungsbezirk Wiesbaden.

— o. Elville, 25. Juni. Der Kreisaußschuß des Rheingaukreises beantragte vom 27. Juni bis 8. Juli im „Hotel Reichenbach“ mit Unterstützung des deutschen Zentralkomitees zur Bekämpfung der Tuberkulose ein Tuberkulose-Banner-Museum, dessen Besuch unentgeltlich erfolgen kann.

— w. Omburg v. d. G., 26. Juni. Ausgrabungen auf dem Römerkastell sowie auf dem Jugmantkastell im Taunus haben neuerdings interessante und wertvolle Funde zutage gefördert.

Regierungsbezirk Kassel.

— w. Marburg, 26. Juni. Über 2000 Studenten brachten gestern Abend dem Direktor des Zoologischen Instituts Geh. Rat Professor Dr. Korschelt, der wieder einen ehrenvollen Ruf, und zwar nach Leipzig, abgelehnt hat, einen Fackelzug.

Letzte Drahtberichte.

Der Besuch des Kaisers auf dem englischen Flaggship.

— # Kiel, 26. Juni. (Fig. Drahtbericht) Über den Besuch des Kaisers an Bord des englischen Flaggships gibt der „N.“ eine ausführliche Schilderung, in der es u. a. heißt: Der Kaiser kam heute mittag für eine Stunde zum inoffiziellen Besuch an Bord des englischen Flaggships „Georg V.“, wo Admiral Warreider und die Kapitäne des Gefährten ihn erwarteten. An Bord gab der Kaiser die Befehle, seine Flagge eines Admirals of the Fleet, also eines englischen Großadmirals, zu setzen. Der Kaiser besichtigte das Schiff, d. h. er schritt die Reiben der Deute ab,

Eröffnung der Debatte: 12 Uhr; in der politischen Abteilung
von 10 bis 11 Uhr.

w. Brasilianische Anleihe. Paris, 26. Juni. Nach
genauerlichen Nachrichten kann die brasilianische Anleihe
abgeschlossen erscheint werden. Die neue 5¹/₂proz.
Anleihe, deren Ausgabepreis 95 Proz. betragen wird, erhält
den zweiten Anspruch auf die Zölle. Die Bankengruppe erhält
die Anleihe zu 93 Proz.

w. Österreichisch-Ungarische Bank. Budapest, 25. Juni.
In der Sitzung des Generalrates der Österreichisch-Ungarischen
Bank wurde die Halbjahresdividende mit 28 Kr. fest-

Im Konkurs der A.-G. Metzeler u. Co. in München tragen die angemeldeten Forderungen 5,4 Mill. M., davon 3,5 Mill. M. bevorrechtigte Forderungen.

